Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Donnerstag, den 10. April

Jahrg. 1924 • Nr. 86

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag. Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Volk und Zeit". Anzeigen: eingesandten Manuskripten ist das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist i. d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4687

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Bezugspreis für das Halbjahr beträgt monatlich 2.— M. einschließlich Zustellungs-Gebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat März 2.— Goldmark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 20 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 208.10 Erfurt. —

Landeshauptmann Dr. Landsberg.

Die Wahl.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 3 bürgerlichen Stimmenthaltungen gewählt.

Der Provinziallandtag hatte heute seinen großen Tag; äußerlich erkennbar durch die Anwesenheit aller 110 Abgeordneten. Handelte es sich doch darum, der Provinzialverwaltung endlich wieder die Spitze zu geben, die sie seit dem Eintritt Oesers in die Reichsregierung, also seit November 1922, entbehrt. Dem Ausgang der Wahl wurde, da unsere Fraktion diesmal mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plane erschien, mit größter Spannung entgegengesehen. Die in der sogenannten bürgerlichen Vereinigung zusammengeschlossene Rechte gab sich der sicheren Hoffnung hin, dem von ihr in Vorschlag gebrachten ehemaligen Merseburger Regierungspräsidenten von Gersdorff auf leichte Weise zum Siege zu verhelfen. Man hatte bestimmt damit gerechnet, daß die Kommunisten der von ihrer linken Zentrale in jüngster Zeit ausgegebenen Parole, keinerlei Kompromisse mit den „Reformisten" zu schließen, Folge zu leisten und damit dem Reaktionär von Gersdorff zu diesem wichtigen Posten verhelfen würden. Die kommunistische Fraktion hat aber diesmal — das sei hiermit ausdrücklich festgestellt — erkannt, welche Verantwortung sie auf sich geladen hätte, wenn sie taktische Notwendigkeiten parteipolitischer Prinzipienreiterei unterordnete. Im Provinzialausschuß hat die Linke und die Rechte je 7 Stimmen; der Landeshauptmann gibt den Ausschlag. In Würdigung dieser Tatsache verzichtete die kommunistische Fraktion auf eine aussichtslose Demonstrationskandidatur und stimmte mit anerkennenswerter Geschlossenheit gleich im ersten Wahlgange für unseren Kandidaten Genossen Dr. Landsberg. Um die Wahl des Sozialdemokraten unter allen Umständen zu verhindern, wandte die bürgerliche Vereinigung das bereits einmal mit Erfolg erprobte Mittel der Akkommandierung an, so daß nicht Herr v. Gersdorff, sondern der Demokrat Hübener in die engere Wahl kam. Bei dem entscheidenden zweiten Wahlgange wurden drei weiße Zettel abgegeben, die nach Lage der Sache nur von bürgerlichen Abgeordneten abgegeben sein können. Das Ergebnis der mit größter Spannung vorgenommenen Auszählung war, daß Genosse Landsberg 54, Hübener nur 58 Stimmen erhielt. Damit hat die Provinz Sachsen neben dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten nunmehr auch einen sozialistischen Landeshauptmann. Mit dem „Zusammenbruch der Sozialdemokratie", der jetzt das Kernstück der völkisch-deutschnationalen Wahlpropaganda bildet, ist es also wieder einmal nichts.

*

Zu dem Bericht unseres G.-K.-Korrespondenten sei folgendes bemerkt:

Auf die Bedeutung der Wahl eines Sozialdemokraten zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen wird noch im Laufe der nächsten Zeit des öfteren zurückzukommen sein. Die sächsische Provinzialverwaltung sieht bis heute in dem Ruf besonderer Altertümlichkeit. Eine Erscheinung, die sich zwar aus den ruhmreichen Traditionen des sich namentlich in und um Merseburg früher konzentrierenden wilhelminischen Geistes erklärt, die aber angesichts der enormen industriellen Entwicklung des Verwaltungsgebietes mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Begleiterscheinungen nicht zu rechtfertigen ist. Charakteristischerweise bedurfte es der Spanne von 5 Jahren, um dem Landesratskollegium einen Vertreter der Arbeiterschaft, den Genossen, Unbeutsch (Halle), als Mitglied einzuverleiben. Nun ist auch der Posten des Landeshauptmanns mit einem Sozialdemokraten besetzt worden. Dr. Landsberg ist damit der zweite sozialdemokratische Landeshauptmann in Preußen, nachdem die pommerschen Grenzgebiete bereits im Jahre 1922 den Bürgermeister von Brandenburg a. H., Dr. Caspary, zum Landeshauptmann bestellt haben. Wir hoffen, daß die Provinzialverwaltung Sachsen unter der Leitung eines so modernen und vielseitigen Mannes vom Schlage Dr. Landsbergs jenes Gesicht bekommen wird, das den sich unaufhörlich ändernden Lebensbedingungen und wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnissen der Einwohnerschaft einer Provinz entspricht, deren ökonomische und industrielle und damit kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten nahezu unbeschränkt sind.

In diesem Sinne begrüßen wir den neuen Landeshauptmann.

*

Otto Landsberg.

Dr. Otto Landsberg ist am 4. Dezember 1869 zu Ruhnik in Oberschlesien geboren. Er steht also im 55. Lebensjahre. Nach Absolvierung des Gymnasiums besuchte er die Universität Berlin, bestand 1890 sein Referendarexamen und ließ sich 1895 in Magdeburg als Rechtsanwalt nieder. Von 1904 bis 1910 gehörte L. dem Magdeburger Stadtverordnetenkollegium an. 1912 sandte ihn die Sozialdemokratische Partei in den Reichstag. Nach Ausbruch der Revolution war Landsberg einer der sechs Volksbeauftragten. Auch in die Nationalversammlung zog er ein. 1919 bekleidete er das Amt des Reichsjustizministers. Als die Frage der Besetzung der Gesandtschaft in Brüssel akut wurde, betraute man Landsberg mit der Vertretung der deutschen Republik in Brüssel. Die Tätigkeit des Gesandten hat Landsberg bis zum französisch-belgischen Einfall ins Ruhrgebiet ausgeübt. Die Regierung Cuno glaubte sich damals die große „nationale" Geste erlauben zu können, die Pariser und Brüsseler Vertreter demonstrativ abzuberufen. Seitdem stand Landsberg zwecks anderweitiger Verwendung im Reichsdienst zur Verfügung. Wenn die deutsche Republik in den letzten 12 Monaten seine Dienste nicht beanspruchte, so ist das der beste Beweis für den Geist in der Wilhelmstraße, der scheinbar im Ueberfluß von Angeboten prominenter republikanischer Kräfte schwimmt.

*

Den Bericht vom Provinziallandtag finden unsere Leser in der Beilage.

Frauen und Reichstagswahlen

Schlimmer und gefährlicher als politische Rückständigkeit, die immerhin einem bestimmten Willen und Bewußtsein entspringt, ist politische Indifferenz. Wenn diese heute noch immer bei vielen Frauen vorhanden ist, so hat sie ihre Wurzel in der politischen Rechtlosigkeit, deren unsere Frauen sich bis zur Revolution zu erfreuen hatten. Nachdem die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht gegenüber der Gegenerschaft sämtlicher übrigen Parteien verwirklicht hat, ergibt sich für die Frauen auch die Pflicht, am politischen Leben teilzunehmen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Tatsache, daß allein die Sozialdemokratie die politische Gleichberechtigung der Frau erkämpft hat, sollte an sich schon den Frauen die Entscheidung, welcher Partei sie am 4. Mai ihre Stimme zu geben haben, leicht werden. Aber auch die politische Entwicklung unseres Volkes während der Legislaturperiode des verflossenen Reichstags gibt ein so reiches Anschauungsmaterial, daß jede denkende Frau, die sich ihr Urteil nicht von leeren Agitationsphrasen hat umnebeln lassen, ohne Schwierigkeiten die Partei ermitteln kann, die ihre Interessen am nachdrücklichsten und wirksamsten vertritt.

In lebendigster Erinnerung stehen uns heute noch die furchtbaren wirtschaftlichen Verheerungen der Inflationszeit, die durch die unglückliche Ruhrpolitik des rein bürgerlichen Kabinetts Cuno mit seiner einseitigen Vertretung der Interessen des Großkapitals und des Spekulantentums auf eine nie dagewesene Spitze getrieben worden sind. Gerade die Frauen haben am deutlichsten und schmerzlichsten verspüren müssen, wie ihnen die Papiergeldscheine buchstäblich unter den Fingern zerronnen sind. Sie wissen, mit welcher nervenzermürbenden Eile sie darauf bedacht sein mußten, ihre Papierlappen in Gegenstände des dringendsten Lebensbedarfs umzusetzen, und welcher Jammer in den Familien geherrscht hat, wenn die Einnahmen niemals ausgereicht haben, um einer immer sich erweiternden Verelendung Einhalt zu gebieten. Sie haben ohnmächtig ansehen müssen, wie Schieber und Devisenhamsterer sich bereicherten, wie landwirtschaftliche und gewerbliche Produzenten und Händler eine wilde Preisanarchie getrieben und in was für bitteren und aufreibenden Kämpfen die Lohn- und Gehaltsempfänger die Sicherung eines nur allzu spärlichen Existenzminimums durchsetzen mußten. Sie haben endlich als Folge der allgemeinen Finanzkatastrophe ein immer größeres Anwachsen von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit, den allgemeinen Abbau der Arbeitskräfte und die Minderung der Unterstützungs- und Rentensätze erleben müssen. Vermieden bzw. eingeschränkt werden konnte diese Entwicklung, wenn rechtzeitig die sozialdemokratische Forderung nach Währungsstabilisierung vermittels einer gerechten Verteilung der Kriegslasten, Einziehung überzähliger Kriegs- und Nachkriegsgewinne und Erfassung der Sachwerte verwirklicht worden wäre. Selbst die bürgerlichen Parteien haben schließlich dieser Forderung bis zu einem gewissen Grade nachgeben müssen, und die vorläufig geglückte Einführung eines wertbeständigen Geldes ist allein der sozialdemokratischen Vorarbeit zu danken. Sie kann aber auch für die Zukunft nur unter Mitwirkung einer starken sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufrechterhalten werden.

Neben diesem wichtigen wirtschaftlichen Moment spielen bei der Entscheidung unserer Frauen soziale, hygienische und kulturelle Fragen eine große Rolle. Man braucht dabei, um ein Beispiel herauszugreifen, nur auf die trostlosen Verhältnisse in unserem Wohnungswesen hinzuweisen. Die so dringend erforderliche Schaffung gesunder und behaglicher Wohnungen und ein wirksamer Mieterschutz sind restlos erst in einer sozialistisch orientierten Wirtschaft zu ermöglichen. Das Wohnungselend unserer Zeit ist die Hauptquelle aller sogenannten Proletarierkrankheiten, und die Sozialdemokratie hat deshalb auch in der Kranken- und Kinderfürsorge noch große Aufgaben zu leisten. Auch ein staatlicher Mutterschutz, die Beseitigung des unsozialen Gebärzwanges und die soziale Gleichstellung ehelich und unehelich geborener Kinder sind Forderungen, deren Durchführung unsere Frauen allein bei der Sozialdemokratie finden werden. Hinzu kommen die Wünsche über den Arbeits- und Lehrlingsschutz, Lehrlingsausbildung und das Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens, die ohne Sozialdemokratie nur in reaktionärem Sinne gelöst werden.

Die Bedeutung der Frau für eine moderne Justizreform braucht hier nur angedeutet zu werden. Die Mitwirkung der Frau in der Rechtsprechung wird in vielen Fällen, für deren Beurteilung die weibliche Psyche ein schärferes Verständnis hat, von maßgebender Bedeutung sein. Einen weittragenden Einfluß wird die Frau auch auf die kommende Arbeitsgerichtsbarkeit auszuüben haben.

Das bayerische Wahlergebnis.

Zusammentritt des Landtages wahrscheinlich erst Ende Mai.

München, 10. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Ergebnis der Landtagswahl im rechtsrheinischen Bayern steht nun annähernd fest. Nach den amtlich nachgeprüften Ziffern entfallen auf 18 Parteien, denen überhaupt Mandate zukommen, folgende Prozentsätze der abgegebenen Stimmen: Bayerische Volkspartei 34,8, Völkischer Block 18,6, Sozialdemokratie 16,5, Bauernbund 7,8, Kommunisten 7,7, Deutschnationale 7,5, Demokraten 2,8 und Nationalliberale 1,1. **Der rein zahlenmäßige Mandatsverlust der Sozialdemokratie ist also nur von geringer Bedeutung.**

Zu den Wahlen in der Pfalz am 4. Mai hat die bayerische Regierung dem ständigen Ausschuß des Landtags, der am Donnerstag zusammentritt, drei Vorschläge unterbreitet: 1. Den Landtag zusammentreten zu lassen ohne Berücksichtigung der Wahlen in der Pfalz und die Pfälzer Abgeordneten des letzten Landtags zunächst ihre Mandate ausüben zu lassen. Am 4. Mai müßten dann diese Abgeordneten, ebenso die 15 Landesabgeordneten wieder zurücktreten, und zwar entsprechend einem Landtagsbeschluß, der seinerzeit allerdings gefaßt wurde in der Erwägung, daß es in diesem Jahre überhaupt nicht mehr möglich sein werde, die Wahlen in der Pfalz abzuhalten. 2. Den Landtag erst in der zweiten Hälfte des Mai zusammentreten zu lassen, wenn endgültig die Wahlen in der Pfalz vorüber und das Gesamtergebnis errechnet werden kann. 3. Die Wahlen in der Pfalz zwar zu berücksichtigen, aber nur insofern, als dort die Kandidaten, ohne Berücksichtigung der Reststimmen zum Zuge kommen, im übrigen die Ergebnisse der Wahlen von 1920 der Errechnung der Landtagskandidaten zugrunde zu legen. Wie verlautet, will sich die Regierung auf den zweiten Vorschlag festlegen und infolgedessen als sogenanntes Geschäftsministerium bis Ende Mai im Amte bleiben. Die Nachteile dieser Lösung liegen auf der Hand; denn sie bedeutet nichts anderes als die kaum erträgliche Hinausschiebung einer Reihe im Zusammenhang mit der Aufstellung des Etats stehender sehr dringlicher Arbeiten und Entscheidungen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wahlerfolg in Finnland. Bei den finnischen Reichstagswahlen erhielten hier der finnländische Block 21 000, die Sozialdemokratie 18 000, die Kommunisten 10 000, die Fortschrittspartei 9000, die Schweden 8000, die Agrarier 4000 Stimmen.

Die Verhandlungen über die Micumverträge werden heute fortgesetzt werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß auch das Gutachten der Sachverständigen jede Belastung des deutschen Budgets für 1924/25 für unmöglich bezeichnet und darum konsequenterweise irgendeine Finanzierung der Micumverträge durch das Reich nicht in Frage kommen könne.

Preußischer Ministerpräsident Otto Braun spricht Freitag abend 8 Uhr im Wintergarten zu Halle für die Sozialdemokratische Partei Erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0001

Schließlich sei noch auf die umgehenden wichtigen außenpolitischen Entscheidungen hingewiesen, die uns in naher Zukunft bevorstehen. Die sich anscheinend allmählich anbahnende Gesundung unserer Wirtschaft kann nur dann von Dauer sein, wenn die allein von der Sozialdemokratie betriebene ehrliche und zielbewußte Verständigungspolitik rücksichtslos fortgesetzt wird. Die rechtsstehenden Parteien, die heute im Wahlkampfe im Gegensatz zu ihrer früheren Einstellung so eifrig um die Gunst der Frauen wetteifern, streben ganz offen nach einem neuen Kriegsabenteuer gegen einen ungeheuer überlegenen Gegner. Aber unsere Frauen, besonders die Mütter, dürfen das furchtbare Unheil, das heute bevorsteht, das heute dank dem Fortschritt der Kriegsmittel noch gewaltig viel grauenhafter werden würde, nicht vergessen, wenn sie sich am 4. Mai über Krieg oder Frieden entscheiden sollen.

Die historische Entwicklung hat die Frauen heute im Wirtschaftsleben in eine gemeinsame Kampffront mit den Männern gestellt. Als Arbeitnehmerin ist die Frau in verstärktem Maße dem Druck des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgesetzt. Die Pflicht der nächsten Selbsterhaltung gebietet ihr deshalb, zur Erreichung eines menschenwürdigeren Daseins die Reihen der Sozialdemokratie zu stärken. Am 4. Mai ist dazu Gelegenheit geboten.

Das Sachverständigen-Gutachten.

„Ein wesentlicher Schritt zur Entspannung."

Zu dem Sachverständigengutachten, dessen Inhalt wir gestern hier zum Abdruck brachten, schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Sachlich ist vorläufig zu dem Gutachten zu sagen, daß wir kaum in der Lage sind, die Beträge, die in den ersten vier Jahren gezahlt werden sollen, als unannehmbar zu bezeichnen. Voraussetzung bleibt natürlich, und das muß immer wieder betont werden, daß das Ruhrgebiet freigegeben wird und die Micumlasten in Fortfall geraten. Tatsächlich sind die bisherigen Lasten der Micumverträge viel schwerer in ihren Wirkungen zu ertragen als die Vorschläge der Sachverständigen. Man sollte deshalb also eigentlich glauben, daß die Schwierindustrie ohne weiteres bereit wäre, die jetzt in Vorschlag gebrachte Reparationspolitik gegen das bis jetzt noch andauernde System der Micum, die „unfreiwillige" Erfüllungspolitik der Schwerindustrie, einzutauschen.

Die große Frage für die Zukunft bleibt, wie die in späteren Jahren verlangten Summen gezahlt werden sollen. An Sachleistungen ist unlässlich der Durchführung der Rathenau-Verträge nur ein Bruchteil auf die Milliardenbeträge angerunzen worden. Die Industrien in den Ententeländern wünschten keine Konkurrenz durch Reparationslieferungen und lehnten deshalb Sachleistungen ab, obwohl reicher Bedarf bestand. Die Gefahr besteht fort, daß dieser Zustand sich in den in Frage kommenden Jahren erneut zeigen wird, ohne daß Deutschland in Gold zahlen kann, solange es ihm nicht gelingt, Devisen durch größere Ausfuhr zu erhalten. Deshalb liegt das zentrale Problem der Erörterung jetzt in der Frage, wie in Zukunft Reparationsleistungen gezahlt werden sollen. Es kommt also darauf an, wieviel Gold durch Sachleistungen und durch Mehrexport von Deutschland auf den anderen Märkten zu erzielen ist. Jedenfalls sind wir der Auffassung, daß über die Form der künftigen Reparationsleistungen eine eingehende Aussprache schon deshalb notwendig ist, weil gerade über diese Frage der Sachverständigenbericht keine Klarheit schafft. Wir könnten uns z. B. denken, daß schon jetzt von deutscher Seite gerade über diese Frage praktische Gegenvorschläge gemacht werden, die auch für die Gegenseite Interesse haben, ohne daß damit die grundsätzliche Frage der Leistungen an sich entschieden wird.

Insgesamt betrachtet stellen die Vorschläge der Sachverständigen zweifellos einen wesentlichen Schritt zur Entspannung in der gesamten Reparationsfrage dar. So gern wir das anerkennen, müssen wir doch gestehen, daß diese Entspannung nicht in Frage kommt, soweit sich die Vorschläge der Sachverständigen auf die Frage der innerdeutschen Finanzierung beziehen. Es scheint uns, daß hier die Massenbelastung, insbesondere die Belastung des Verbrauchs, bei weitem zu hoch, diejenige des Besitzes aber zu niedrig ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es wichtig, daß man sich zunächst in schnellen Verhandlungen über die Form der zu leistenden Zahlungen verständigt und zunächst unter allen Umständen versucht wird, über die Art, wie Deutschland diese Summe aufbringt, Bewegungsfreiheit zu erhalten. Wir zweifeln nicht, daß dies bei geschickten Verhandlungen zu erreichen ist und glauben, daß die große Masse des Volkes auch bei der Erörterung dieser Frage ein berechtigtes Interesse haben wird, gehört zu werden und die wirkliche Leistungsfähigkeit der verschiedenen Volkskreisen zu ausgleichen, wie es der Leistungsfähigkeit des volkswirtschaftlichen Ertrages im Ganzen und der einzelnen Volksschichten entspricht. Die Entscheidung hierüber dürfte letzten Endes bei dem neuen Reichstag liegen. Er wird bestimmen, wer den größeren Teil der Lasten zu tragen hat, die das deutsche Volk in Zukunft leisten muß.

Die Berliner Presse und das Sachverständigen-Gutachten.

Berlin, 10. April. (WTB.)

Mit Ausnahme der völkischen „Deutschen Zeitung", die von der Verfälschung Deutschlands spricht, begegnet der Sachverständigenbericht in keiner Berliner Zeitung einem schroffen Unannehmbar. Die „Kreuzzeitung", die schwere Bedenken insbesondere hinsichtlich der hohen Leistungen, die in dem Sachverständigenbericht der deutschen Wirtschaft aufgebürdet würden, und hinsichtlich der vorgesehenen internationalen Kontrolle der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage äußert, erklärt dennoch, daß eine schroffe Ablehnung des Gutachtens nicht unbedingt erforderlich sei. (!) Bei jeder Diskussion über die Sachverständigenvorschläge müßten aber folgende Vorbedingungen vorausgeschickt werden: Räumung des Ruhrgebietes, Festsetzung einer der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen und Gewähr für die Finanzhoheit. — Der „Lokalanzeiger" bezeichnet den Bericht der Sachverständigen als Grundlage für die Reparationsfrage, fordert aber von der Reichsregierung unbedingtes Festbleiben in der Frage der Micumverträge. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" kommt auch zu keinem abschließenden Urteil über das Sachverständigengutachten (Herr Stinnes ist krank und konnte nicht gehört werden. Red. „Volksblatt"), betont aber, daß Deutschland sich sehr sachlich und sehr intensiv mit dem Bericht auseinandersetzen müsse. — Die „Germania" schreibt: Ein besonderer Wesenszug der gegenwärtigen europäischen Politik ist das Mißtrauen. Der Sachverständigenbericht ist nicht mit diesem Vorurteil belastet. Das Komitee erklärt, es habe seine Grundsätze in jenem Gemeinschaftsglauben festgelegt, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei. Auf den sachlichen Inhalt des Vorschlages selbst eingehend erklärt das Blatt, daß die vorgesehenen Leisten außerordentlich groß sind und daß es zweifelhaft ist, ob sie in dieser Höhe für Deutschland überhaupt tragbar sind. — Auch das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung" kommen zu dem gleichen Ergebnis, indem sie ebenfalls über die Höhe der in dem Gutachten genannten Summen schwere Bedenken äußern.

Zufriedenheit in England über das Gutachten.

Vor einem Zusammenstoß zwischen Macdonald und Poincare.

London, 10. April. (Sig. Drahtbericht.)

In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß, sobald später den alliierten Mächten über die Berichte und Vorschläge der Sachverständigen volle Einmütigkeit erzielt sei, die erste persönliche Begegnung zwischen Poincaré und Poincaré stattfinden könnte. Alles hängt jetzt davon ab, ob Poincaré gegenüber den Vorschlägen der Sachverständigen und an der französischen Bereitschaft, bis ein Pfander betreffenden deutschen Wirtschaftsanlagen im besetzten Gebiet der unbeschränkten Verfügung Deutschlands zu überlassen. Das auf den Wiederaufbau der Wirtschaft Europas gerichtete Ziel der englischen Politik und der Politik anderer Länder finde in den Vorschlägen der Sachverständigen Unterstützung. Die englische Politik nimmt mit den Schlußfolgerungen der Sachverständigen überein. Wenn Frankreich seine bisherige Politik gegenüber Deutschland fortsetze, würden die schweren Folgen, die daraus entstehen müßten, von Frankreich allein zu tragen sein. Die offiziellen Kreise sprechen ihre Genugtuung darüber aus, daß die britischen und amerikanischen Sachverständigen über alle bedeutungsvollen Einzelfragen des Reparationsproblems übereingestimmt haben. Diese Tatsache werde auf die Bereitschaft der amerikanischen Finanzkreise, Anleihen zugunsten Deutschlands flüssig zu machen, eine starke Wirkung ausüben. Es sei jedoch unmöglich, eine solche Anleihe in Amerika flüssig zu machen, wenn Deutschland seine ökonomische Freiheit nicht wiedererlange oder wenn die Ruhrbesetzung nicht aufhöre.

Das Begleitschreiben des Generals Dawes

„Keine Strafen, sondern allgemeine wirtschaftliche Erholung!"

Das Begleitschreiben des Vorsitzenden Dawes, mit dem der Bericht des Komitees der Reparationskommission übersandt wurde, hat einleitend folgenden Wortlaut:

„Ihr Sachverständigenkomitee hat einstimmig einen Bericht angenommen über die Mittel, den Etat Deutschlands ins Gleichgewicht zu bringen, und über die zwecks Stabilisierung seiner Währung zu ergreifenden Maßregeln, welchen Bericht ich hiermit die Ehre habe Ihnen zu überreichen. Tief durchdrungen von dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit gegenüber Ihrer Kommission und gegenüber dem Weltgewissen gründet das Komitee seine Pläne auf jene Grundsätze der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des wechselseitigen Interesses, an deren Vorherrschaft nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein vitales und dauerhaftes Interesse haben. Nachdem diese Grundsätze einmal in jenem Gemeinschaftsglauben, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei, festgelegt und angenommen worden sind, müssen die Empfehlungen des Komitees nicht in dem Sinne betrachtet werden, als legten sie Strafen auf, vielmehr in dem Sinne, daß sie Mittel in Vorschlag bringen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas und des Eintritts in das neue Zeitalter eines nicht vom Kriege bedrohten Glückes und Gedeihens. Da als Ergebnis des Krieges die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dies steht in Uebereinstimmung mit dem gerechten und fundamentalen Grundsatz des Versailler Vertrages, der von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 gleichfalls ausgesprochen worden ist, daß, nämlich die deutsche Besteuerung „verhältnismäßig genau ebenso schwer sein müsse, wie die irgendeiner der in der Kommission vertretenen Mächte." Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten, und weniger als diese würde Deutschland von den gemeinschaftlichen Schwierigkeiten befreien. Ihm in den internationalen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Diesen Grundsatz setzt der Plan in die Wirklichkeit um."

Noch ein Gutachten.

6¾ Goldmilliarden deutsche Auslandsguthaben?

Paris, 10. April. (WTB.)

Der gestern der Reparationskommission übergebene Bericht des Mac-Kenna-Komitees umfaßt nur sieben Seiten. Dazu kommen kurze Zubehöre über das Guthaben Deutschlands im Auslande im Jahre 1924, während des Krieges und nach dem Krieg. Das Guthaben im Auslande wird auf 6¾ Milliarden geschätzt, der Besitz der Ausländer in Deutschland auf 1 bis 1½ Milliarden Goldmark. Als einziges Mittel, die geflüchteten Kapitalien wieder zurückzuführen, wird die Beseitigung der Gründe betrachtet, die die Abwanderung verursacht haben, das heißt die Schaffung einer stabilen Währung. Als Beispiel wird Oesterreich angeführt. Zum Schluß wird zur Erwägung gestellt, während einer Uebergangsperiode denjenigen, die unter der augenblicklichen Gesetzgebung der Gefahr einer Strafe wegen Kapitalflucht unterliegen, Straffreiheit zu gewähren und ihnen bei der Zeichnung von Anleihen für die Bezahlung in fremden Devisen besondere Bedingungen zu bieten. Auf diese Weise würde die Rückführung des geflüchteten Kapitals die endgültige Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts in Deutschland beschleunigen.

Der Reichsbankpräsident über die Währung.

„Wir werden die Währung halten."

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt gestern in Dresden vor dem Verband sächsischer Industrieller einen Vortrag über die Währung, dem wir folgenden kurzen Auszug entnehmen:

Als Reichsbankpräsident bin ich mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister vollkommen einig, daß keine Maßnahme versäumt wird, die die Rentenmark stabil hält und ein Abgleiten verhindert. Für die Erhaltung der Wertbeständigkeit der Rentenmark kommt in Frage: 1. daß Kredite, die in Rentenmark gegeben werden, auch auf wertbeständiger Basis zu erteilen sind, und 2. daß die Umlaufmenge der Rentenmark nicht über ein gewisses Maß hinaussteigert wird. Mit Hilfe der Rentenmarkkredite konnte bereits eine sichtbare Besserung des Wirtschaftslebens erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Steuerkraft gestiegen. Leider ist der Eindruck nicht zu verwischen, daß die Besserung der Wirtschaft zurückzuführen ist auf eine Steigerung des Inlandskonsums und nicht auf eine solche des Exports. Deutschland hat gegenüber den letzten Monaten 1923 jetzt eine passive Handelsbilanz. Allein im Januar und Februar 1924 hatten wir nahezu für 400 Millionen Goldmark Einfuhrüberschuß. Das bedeutet eine große Gefahr. Auch der Spartrieb ist noch nicht wieder erwacht; vor dem Krieg lagen 20 Milliarden Goldmark auf den deutschen Sparkassen, heute sind es 250 Millionen Goldmark, also nur der 80. Teil. Das sollten sich die Sachverständigen in Paris auch überlegen. Der für Deutschland gefährliche Einfuhrüberschuß sei keiner Meinung nach nur ermöglicht durch Käufe und Devisenbesitzen lediglich allein durch Inanspruchnahme ausländischen Kredits. Die große Nachfrage nach Devisen erklärt sich aus den Verpflichtungen gegenüber den ausländischen Kreditgebern. Mit den hereinkommenden Devisen kann die Reichsbank den Devisenbedarf keineswegs decken. Hierüber hilft nur vermehrter Export hinweg. Im Publikum hat man das Gefühl, als ob eine Goldmark gleich eine Rentenmark zu sehen sei. Die Rentenmark ist keine Goldmark. Devisen und Goldwerte dürfen nur für ausländische Rohstoffe, nicht aber für Einfuhr entbehrlicher Kolonialwaren, wie Südfrüchte, Wein usw. verwendet werden. Die Reichsbank, die ihre Kredite mit einem Diskont von 10 Prozent gibt, während ringsum Sätze von 20 bis 40 Prozent gezahlt werden, ist gezwungen, eine vorsichtige Kreditpolitik zu betreiben. Sie hat aber der Landwirtschaft in erster Linie geholfen, weil es hier um das wichtigste, die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes im eigenen Lande geht. Von 1500 Millionen Rentenmarkkrediten sind weit über das Kontingent hinaus zwei Drittel allein an die Landwirtschaft gegangen. Der Dank dafür besteht in fortgesetzten Angriffen der landwirtschaftlichen Zeitschriften gegen die Reichsbank. Während auf der einen Seite immer mehr Kredit verlangt wird, warnen angesehene Zeitungen vor einer Kreditinflation. Die letzteren Kritiker haben zweifellos mehr recht. Jetzt ist angeordnet worden, nach Bekanntgabe des letzten Reichsbankausweises vom 31. März 1924, daß die vorhandenen Konten nicht erhöht werden dürfen. Wenn die Maßnahme richtig durchgeführt wird, muß sie dazu führen, daß ein Stillstand der Rentenmarkausgabe auf der Basis vom 31. März eintritt. Es muß abgewartet werden, ob damit die Beruhigung eintritt und ob neue Kredite gegeben werden können. Weiterhin muß erwogen werden, ob nicht mit gewissen Einfuhrverboten und Verbrauchssteuern auf Luxuswaren, wie Zigaretten usw., vorgegangen wird, wenn wir die Währung halten wollen. Ich kann Ihnen sagen — fügte der Reichsbankpräsident hinzu: Wir werden sie halten.

Die Tatsache, daß das deutsche Volk sich noch in dieser Lebenskraft solange behaupten konnte, hat den Experten eine übermäßig günstige Anschauung von den Kräften des deutschen Volkes gegeben. Die angegebenen Zahlen sind zweifellos derart, daß sie nicht tragbar sein werden. Festgehalten werden muß aus den Berichten, was nach einem Jahrzehnt erfreulich ist, daß das Reparationsproblem aus einer politisierten Atmosphäre entgiftet herausgezogen worden ist, denn wer mit den heiligsten Empfindungen eines Volkes spielt, der darf sich nicht wundern, wenn demgegenüber einmal die nationale Verzweiflung durchbringt. Die 5 Milliarden Goldmark für die Besatzungstruppen allein sind eine Kulturschande für die Welt. Wenn weiter bedacht wird, daß Deutschland bereits über 40 Milliarden Goldmark an die Entente abgeführt hat, die sie uns gnädig mit 9 Milliarden anrechnen will, wenn man weiter die bauernd blutende Wunde, das Loch im Westen bedenkt, so sind das auch Dinge, die man als eine Schande für die ganze Welt bezeichnen muß. Diese Gedankengänge, wenn auch nicht in der deutschen Form, zum Ausdruck gebracht zu haben, ist das große Verdienst der Experten. Der Gedanke, daß Deutschland die Reparationslasten nicht zahlen kann, wenn es die wirtschaftliche Souveränität nicht zurückerhält, muß am Anfang unseres Hauptes stehen. Ohne auf den Versailler Vertrag einzugehen, muß doch eine unerläßliche Forderung sein, die endliche Herabsetzung der Besatzungskosten, ferner unter allen Umständen die politische Räumung des Ruhr- und Rheinlandes, die gegen Recht und Vertrag besetzt worden sind. Der letzte französische Soldat muß aus diesen Gebieten heraus, wenn wir auf die ganze Angelegenheit überhaupt eingehen sollen. Deutschland kann nur zahlen und leisten, wenn seine Zahlungen dem friedlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Menschheit dienen.

*

Wie wir bereits in der Wirtschaftlichen Wochenschau mitteilten, ist die Deutsche Golddiskontbank am 7. April errichtet worden. Sie wird in den nächsten Tagen den Vertrieb mit dem Publikum aufnehmen, worüber noch eine Nachricht ergehen wird.

Deutsch-polnischer Grenzzwischenfall.

Breslau, 10. April. (WTB.)

Wie die hiesigen Morgenblätter melden, ist am Sonnabendvormittag bei Deutsch-Damnow südlich Rawitsch ein polnisches Brückenkommando, bestehend aus einem Offizier, einem Unteroffizier und fünf Mann, auf deutschen Boden bewaffnet übergetreten. Als der Gemeindevorsteher zur Abgabe der Waffen aufforderte, wurde er von dem polnischen Offizier mit der Pistole bedroht. Der Vorsteher veranlaßte die Polen zum Weitgehen nach dem Dorf. Als er äußerte, er wolle den Vorfall dem Landratin Militsch melden, befahl der Offizier seinen Leuten, die Seitengewehre aufzupflanzen und bedrohte die Deutschen mit der Pistole. Alsdann eilte er mit seinem Kommando über die Grenze zurück. Die deutsche Regierung hat wegen dieses Vorfalles in Warschau Vorstellungen erhoben und strenge Untersuchung sowie gegebenenfalls Bestrafung des Offiziers verlangt.

Ein Anschlag gegen Tinz.

In der „Leipziger Volkszeitung" lesen wir:

Die Thüringer Ordnungsregierung, die unter der Fuchtel der Deutschvölkischen steht, beeilt sich, Thüringen von allen kulturfortschrittlichen Institutionen zu „säubern". Alles, was die sozialistische Regierung an segensreichen Kulturgütern geschaffen hat, soll in Trümmer gehen. Hier das Staatliche Bauhaus in Weimar, die fortgeschrittenste Kunstschule Europas, dort das Volkshochschulheim Dreißigacker — beides gewiß politisch vollkommen unverdächtige Anstalten —, und soeben holt die Reaktion zum entscheidenden Schlag gegen das Zentrum der Arbeiterbildung in Thüringen und für weite Teile des Reiches, gegen die Volkshochschule Reuß und Ting aus.

Das kleine Reuß war nach dem Zusammenbruch der alten Fürstenherrlichkeit das einzige Land gewesen, dessen Arbeiterschaft den kühnen Entschluß faßte, das vom Fürsten abgetretene Vermögen den Zwecken einer breit angelegten, tiefschürfenden Arbeiterbildung zu widmen. Es entstand die mit großem Sachverständigen ausgestattete Stiftung Volkshochschule Reuß, die drei Arbeitsgebiete umfaßte: die Heimvolkshochschule Tinz, die sich sehr bald zu einer der bedeutendsten Arbeiterhochschulen Deutschlands entwickelte, die Volkshochschule in Gera und Reuß, die allmählich zu einer umfassenden Arbeiterbildungszentrale für Thüringen heranwuchs, und eine mustergültige Volksbücherei in der Stadt Gera.

Mit der endgültigen Konsolidierung Thüringens ging die Stiftung an den Staat über, der sich zu ihrer Erhaltung im bisherigen Umfang und Geist gesetzlich verpflichtete. Was kümmert aber die Reaktion Gesetz und Recht, was kümmert die von nationalen und völkischen Phrasen triefenden reaktionären Parteien der geistige Auftrieb, die kulturelle Höherentwicklung des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterschaft? Es gehörte zu den ersten Taten der reaktionären Regierung, die Volkshochschule Reuß (das Zentrum der östlichen Arbeiterbildung in Thüringen) vollständig zu zerschlagen und in der Heimvolkshochschule Tinz einen solchen Abbau vorzunehmen, vor allem die Rechtslage der Lehrer und übrigen Angestellten so zu verschlechtern, daß der Weiterbestand der Schule aufs äußerste bedroht ist. Diesem Versuch, eine der bedeutendsten Kultureinrichtungen der deutschen Arbeiterschaft auf kaltem Wege zu beseitigen, muß der allerenergischste Widerstand entgegengesetzt werden, nicht nur der thüringischen, sondern der gesamtdeutschen Arbeiterschaft, die seit Jahren aus allen Teilen des Reiches ihre jungen, aufstrebenden Elemente nach Ting entsendet und in Ting ein unentbehrliches Element ihres kulturellen Aufstiegs sieht.

Antisowjetistische Revolte in Turkestan. Russische Berichte besagen, daß in Zentral-Turkestan eine äußerst umfangreiche antisowjetistische Revolte ausgebrochen sei, die sich insbesondere gegen die Kontrolltätigkeit der Sowjets richtet. Die Insurgenten, die sehr gut bewaffnet sein sollen, werden auf 50 000 geschätzt.

Mieum. Eine Anfrage aus unserem Leserkreise nach der Bedeutung des Wortes Mieum sei dahin beantwortet, daß die Mission interalliée civile pour les mines (Hütten) et usines (Bergwerke) mit ihren Anfangsbuchstaben diesen Namen ergibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0002

Streikfragen im Unterhaus.

London, 10. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Oberhaus stimmte am Dienstag dem Gesetzentwurf zu, der Streiks und Aussperrungen während eines anhängigen obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens verbietet. Das Unterhaus verweigerte am Mittwoch mit 226 gegen 131 Stimmen die Verhandlung eines konservativen Antrages, der Sympathiestreiks als ungesetzlich erklären wollte.

London, 10. April. (Eig. Drahtbericht.)

In dem Bestreben, die am Mittwoch zu erwartende Aussperrung der englischen Werftarbeiter zu vermeiden, hat die Gewerkschaft der Hafenarbeiter 1000 ihrer Mitglieder in Southampton, auf deren Widerspenstigkeit und Disziplinlosigkeit die gegenwärtige Krise zurückzuführen ist, aus der Organisation ausgeschlossen.

Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung

London, 9. April. (Eig. Drahtbericht.)

Ein Gesetzentwurf, der am Dienstag im Unterhaus eingebracht wurde, erhöht die Arbeitslosenunterstützung für Männer von 15 auf 18 Schilling, für Frauen von 12 auf 15 und den Zuschuß für jedes Kind von 1 auf 2 Schilling; ferner sieht er günstigere Bestimmungen für die Jugendlichen vor.

Im Schiffsbau, wo in Southampton eine allgemeine Aussperrung droht, weil die Arbeiter den von den Unternehmern geforderten Abbruch des wilden Streiks ablehnten, fand am Dienstag erneut eine Abstimmung der Streikenden, und zwar nach Gewerkschaften gesondert statt.

Zur Aufhebung des Ausnahmezustandes

Eine Verordnung des Reichsministers des Innern.

Berlin, 10. April. (WTB.)

Der Reichsminister des Innern hat folgende Verordnung erlassen:

„Die mir durch Paragraph 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 erteilte Befugnis zu Beschränkungen des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, zu Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie zu Beschränkungen des Eigentums übertrage ich auf die Landeszentralbehörden, in Preußen außerdem auf die Oberpräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin. Meine unmittelbare Zuständigkeit zu solchen Maßnahmen wird hierdurch nicht berührt."

Spaltung vollzogen.

Ausschluß der Nationalliberalen aus der Deutschen Volkspartei.

Die Verhandlung, die in den letzten Tagen zwischen den Vorstände der Deutschen Volkspartei und der Nationalliberalen Vereinigung geführt wurden, sind am Mittwochnachmittag zum Abschluß gelangt. Nachdem vom Parteivorstande nochmals darauf hingewiesen worden ist, daß politische Organisationen innerhalb der Partei untragbar seien, und die Nationalliberale Vereinigung erklärt hat, daß sie auf ihren schon früher gestellten Forderungen, die auf die Anerkennung der Nationalliberalen Vereinigung innerhalb der Deutschen Volkspartei hinzielten, bestehen bleiben müßte, faßte der Parteivorstand in einer Sitzung am Mittwochnachmittag den Beschluß, an der Entschließung des Zentralvorstandes in Hannover festzuhalten und darüber hinaus seinen Standpunkt dahin festzulegen, daß sich diejenigen Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung, die an ihrer alten Forderung festhalten, sich als aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden betrachten müßten.

Versuch um Befreiung Hitlers?

München, 10. April.

Der wegen seiner Beteiligung an dem Putsch des 8. November 1923 steckbrieflich verfolgte und seither flüchtige „Adjutant" Hitlers, Hermann Esser, wurde in Landsberg a. Lech verhaftet. Er kam mit drei anderen Personen im Automobil dort an, um Hitler zu „besuchen". Näheres über den Zweck dieses „Besuches" war noch nicht zu erfahren. Da kaum anzunehmen ist, daß Esser den Mut soweit treiben wollte, sich direkt in die Höhle des Löwen zu begeben, nur um einen Teilnahmebesuch abzustatten, wird es sich wohl eher um ein Unternehmen zur Befreiung Hitlers gehandelt haben. Diesem und seinen in Landsberg inhaftierten Genossen Kriebel und Weber (Poehner ist noch krank) geht es im übrigen nicht schlecht. Es steht jedem von ihnen ein eigenes Zimmer und allen dreien ein gemeinsamer Raum zur Verfügung, in dem sie speisen und Besuche empfangen können. Die Herren haben sechs Stunden Besuchszeit in der Woche und können täglich fünf Stunden spazieren gehen. (!) Dr. Weber, der bisher Assistent an der Tierärztlichen Hochschule war, ist auf Veranlassung des Kultusministeriums aus seiner Stellung entlassen worden. Der Kultusminister ist immer noch einer der wenigen in Bayern, die den Mut haben, wider den Stachel zu löcken.

Stinnes' Zustand sehr bedenklich. Der Zustand des Großindustriellen Hugo Stinnes, der sich in einem Berliner Sanatorium einer Gallensteinoperation hat unterziehen müssen, ist, wie das WTB. meldet, sehr bedenklich.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisenmarkt.

Der Ultimo scheint bereits seine Schatten vorauszuwerfen. Schon jetzt setzen neue, recht umfangreiche Deckungskäufe in Franken ein, mit Rücksicht auf die mehrtägige Unterbrechung jeden Verkehrs durch die Feiertage. Wenngleich man auch annehmen kann, daß die Hausspositionen in Franken im allgemeinen glattgestellt sind, so bleiben doch immerhin noch die Differenzen abzudecken. Bezeichnend ist für die neu einsetzende Bewegung, daß der Franken in Berlin gestern etwas fester lag, als an den ausländischen Plätzen, eine Erscheinung, die hier schon wiederholt beobachtet werden konnte. London gegen Paris, das vormittags mit etwa 73 gehandelt wurde, war später stärker angeboten und gab bis auf etwa 71½ vorübergehend nach, wurde jedoch später wieder zu 72 bis 72¼ gehandelt. Dementsprechend stellte sich Kabel Neuyork gegen Paris per Kasse auf etwa 16,60, per Ultimo Mai etwa 16⅝ bis ¾ und per Ultimo Juni 16⅞ bis 17. Die Umsätze waren hier recht rege.

Die Erholung der Mark an den ausländischen Plätzen hielt an; aus Amsterdam wird ein Kurs von 68 gemeldet, aus dem besetzten Gebiet hört man Kurse von 20,5 bis 20,15 für das englische Pfund im Freiverkehr, aus Zürich lag ein Kurs von 1,24½ und aus London von 30¼ vor.

Die Anforderungen bei den amtlichen Maklern zeigten auch gestern in einigen Hauptvaluten eine leichte Zunahme. Dagegen waren die direkten Ansprüche an die Reichsbank eher etwas geringer als am Dienstag, so daß im Durchschnitt wesentliche Veränderungen kaum eingetreten sind.

Die Kursfeststellung zeigte im Vergleich mit den letzten Notierungen kaum Abweichungen. Etwas fester lag naturgemäß der Franken, und in Verbindung damit auch Belgien. Bei der Zuteilung entfielen auf Budapest 10 Prozent, Belgrad und Sofia 5 Prozent, Danzig und Wien 2 Prozent. Alle übrigen Valuten wurden mit 1 Prozent repartiert.

*

Marktbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse 21½ Geld, 21¾ Brief. **Dollarparität 4,62 Billionen.**

Aus aller Welt.

Schwere Erdbeben in Andalusien.

Paris, 9. April.

Telegramme aus Madrid und Granada melden große Erdverschiebungen. In Andalusien ist eine Panik in der Bauernbevölkerung ausgebrochen. Der Mittelpunkt dieser noch nicht völlig aufgeklärten geologischen Erscheinung ist das Städtchen Monachil, aber die Katastrophe hat auch andere Nachbarorte getroffen, in denen die Erdrinde platzte. Es entstanden halbmondförmige Spalten und Risse, in denen ganze Olivenwaldungen verschwanden. Bauernhütten wurden mehrere hundert Meter fortgerissen und sanken dann bis zum Dach in die Erde ein. Die Bewohner des Dorfes Olla de Tores sahen ihre Häuser in der Erde verschwinden und konnten nur mit Mühe ihre Herden und einen Teil ihrer Habe vor dem Untergang retten. Während die Spalten sich bildeten, hörte man unheimliche Geräusche unter der Erde und Krachen zusammenstürzender Felsmassen sowie ein donnerähnliches Rollen, das die abergläubische Bevölkerung mit Entsetzen erfüllte. Ingenieure aus Madrid und Granada versuchen die Bevölkerung zu beruhigen. Sie haben herausgefunden, daß die Erdrutschungen durchschnittlich in sechs Minuten einen Meter betragen, so daß in einer Stunde ein Haus um zehn Meter abwärts rückt. Flieger berichten, daß die ganze Gegend in kurzer Zeit ein völlig verändertes Aussehen erhalten habe. Das Land bei Monachil sieht aus, wie ein großes Schlachtfeld, das von Granattrichtern aufgewühlt ist. Wo früher Ebenen waren, sind jetzt Hügel entstanden. Waldige Anhöhen sind zu großen Höhlungen geworden, in denen schwarzes Wasser steht. Die meisten Höhlungen sind halbmondförmig. Ihre Tiefe beträgt 15 bis 20 Meter.

Mord und Selbstmord eines Liebespaares. Im Dorfe Kirchhosbach bei Waldkappel spielte sich eine furchtbare Liebestragödie ab. Beim Eintritt in die Schule fanden die Schulkinder den 9jährigen Lehrer Heimüller erschossen in seinem Blute schwimmend. Neben ihm lag ebenfalls erschossen eine Frau und Mutter von drei Kindern aus dem Dorfe. Der Lehrer hatte seit einiger Zeit mit der Frau ein Liebesverhältnis unterhalten.

Das Urteil gegen eine Giftmischerin. In der zweitägigen Verhandlung gegen die Giftmischerin Rose Gerschow in Berlin beantragte der Staatsanwalt, der das Schicksal der Angeklagten als die Tragödie eines verfehlten Lebens bezeichnete, eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Das Gericht erkannte wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Zubilligung mildernder Umstände und wegen Diebstahls auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten. Die Verurteilte machte keinerlei Einwendungen gegen diesen Rechtsspruch und auch der Staatsanwalt verzichtete auf die Einlegung von Rechtsmitteln.

Ein merkwürdiger Raubüberfall. Betäubt und beraubt wurde gestern mittag in Berlin der Landwirt Robert Kelm aus Schönlanke, ein Flüchtling, der im besetzten Gebiet alles hat zurücklassen müssen und sich bei Schönlanke neu ansiedelte. Er erhob gestern mittag bei der Reichsstelle in der Oranienstraße seine 3500 Rentenmark Entschädigung. Als er das Gebäude verließ, sah er mehrere Männer beisammen stehen. Einer von ihnen kam auf ihn zu, sprach ihn an und hielt ihm plötzlich eine stark riechende Flüssigkeit unter die Nase, so daß er bewußtlos wurde. Als er wieder zu sich kam, befand sich der Landwirt in der Gegend des Bahnhofes Friedrichstraße. Wie er dorthin gekommen ist, weiß er nicht. Seine Tasche mit dem 3500 Rentenmark und seinem Personalausweis waren verschwunden.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gotth. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Herz 42/44.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Was muß jeder Parteifunktionär vom Reichswahlgesetz wissen?

1. Wer am Wahltage 20 Jahre alt und Reichsangehöriger ist, darf wählen. Jeder Wähler hat eine Stimme.
2. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht, wer die bürgerlichen Ehrenrechte durch Richterspruch verloren hat.
3. Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind weiter Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden.
4. Schutzhäftlinge dagegen, die aus politischen Gründen in Haft genommen wurden, können ihr Wahlrecht ausüben.
5. Wählen kann nur, wer in eine Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist, oder einen Wahlschein hat.
6. Einen Wahlschein erhält auf Antrag ein Wähler, der in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist, wenn er sich am Wahltage während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wahlkreises aufhält; wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt; wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen.
7. Einen Wahlschein erhält weiter, wer in einer Wählerliste oder Wahlkartei nicht eingetragen oder darin gestrichen ist, wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist während des öffentlichen Auslegens der Wählerlisten versäumt hat oder wenn er wegen Ruhens des Wahlrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund für dieses Ruhen des Wahlrechts oder nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist, oder wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.
8. Wahlscheine können noch am Tage der Abstimmung ausgestellt werden. Wird der Stimmschein am Abstimmungstage erst nach 12 Uhr mittags beantragt, so kann der Antrag zurückgewiesen werden, wenn eine Beteiligung an der Abstimmung nicht mehr möglich erscheint. In größeren Gemeinden kann die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Abstimmungstage geschlossen werden. Gegen die Versagung eines Stimmscheins kann Einspruch erhoben werden.
9. Für jeden Wahlbezirk werden ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter ernannt. Der Wahlvorsteher beruft aus den Wählern seines Wahlbezirks drei bis sechs Beisitzer und aus den Wählern seines oder eines anderen Wahlbezirks einen Schriftführer. Der Wahlvorsteher, sein Stellvertreter, die Beisitzer und der Schriftführer bilden den Wahlvorstand.
10. In jedem Wahlbezirk wird für die dort wohnhaften Wähler eine Wählerliste oder Wahlkartei geführt. Wahlberechtigte Staatsbeamte, Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben, und wahlberechtigte Angehörige ihres Hausstandes werden auf Antrag in die Wählerliste oder Wahlkartei einer benachbarten deutschen Gemeinde eingetragen.
11. Die Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.
12. Gewählt wird mit Stimmzetteln in amtlich abgestempelten Umschlägen. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen. Die Stimmzettel werden bei dieser Wahl von den amtlichen Behörden gleichzeitig mit dem Wählerverzeichnis geliefert. Die Verwendung anderer als amtlicher Stimmzettel bei der Wahl ist unzulässig. Der Stimmzettel ist ein Sammelstimmzettel, auf dem alle Parteien vertreten sind und wobei die erster vier Namen jeder Parteiliste in einem Felde vermerkt werden.
13. Für Kranken- und Pflegeanstalten (öffentliche oder private Krankenhäuser oder Kliniken, Lazarette, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenanstalten, Priinnderanstalten, Erholungsanstalten usw.), in denen sich eine größere Anzahl von Kranken befindet, die nicht in der Lage sind, einen Abstimmungsraum außerhalb der Anstalt aufzusuchen, sind ein oder mehrere Stimmbezirke zu bilden, doch darf die Zahl der Kranken nicht so gering sein, daß sich die Abstimmung der einzelnen Stimmberechtigten ermitteln ließ.

Rittergutsbesitzer von Saltzig zwang 2 Arbeiter aus Spandau am 14. Dezember 1923 sich ganz auszuziehen und im Hemde heimzugehen. Er schoß noch hinterdrein. Ein Arbeiter hat die Ruhr erfroren.

Urteil: 100 M Geldstrafe

Ein Arbeitsloser hat gemeinsam mit anderen im Dezember 1923 aus Hunger ein Brot gestohlen.

Urteil: 6 Monate Gefängnis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0003

U.T **Alte Promenade 11a** UFA
Fernruf 1224

Ein Massenbesuch

wie er wohl kaum vorher einem Film beschieden war!

Um den von nah und fern in großer Zahl bei uns einlaufenden Anfragen und Wünschen eines begeisterten Publikums gerecht zu werden, entschlossen wir uns zu einer **nochmaligen Verlängerung** und spielen

bis auf weiteres

Die Nibelungen

Ein deutsches Heldenlied in 7 Gesängen

1. Film: **Siegfried** Regie: **Fritz Lang**

Vorführung: 3.30 6.00 8.40

653

U.T **Leipziger Str. 88** UFA
Ab morgen, Freitag, den 11. April 1924

Wir zeigen ein Klasse-Programm
mit der beliebtesten amerikanischen Film-Schauspielerin

Mary Pickford

als „Lilian Hart"
in dem großen Filmwerk der „First National, New-York":

Das Mädel von Kentucky

Amerikanischer Filmroman in fünf Akten.
Vorführung: 4.40 6.40 9.00

Larry Semon und die Apachen
Groteske in 2 Akten.

Rund um die Welt!
Taifun. — In Australien.

Beginn: Sonntags 3 Uhr — Werktags 4 Uhr

Alle Arten **Schulbücher** empfiehlt
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Hans 42144.

Trotz der billigen Preise sind meine Waren erstklassig!

Beachten Sie bitte Straße und Hausnummer!

Billiges

Emaille-Angebot

Kaffeebecher	15 ₰	Nachtgeschirre weiß	95 ₰
Speiseteller weiß	35 ₰	Milchtöpfe 1 Liter	45 ₰
Handleuchter weiß	40 ₰	Kaffeeflasche mit Verschluß	35 ₰
Kaffeebecher mit Bild	35 ₰	Kinderteller mit Bild	58 ₰
Kehrschaufel mit Holzgriff	58 ₰	Eßschüssel extra groß	85 ₰
Schöpflöffel weiß	35 ₰	Eiertiegel	45 ₰
Schüssel weiß, extra groß	95 ₰	Emaille-Eimer	1,45
Maschinentopf extra groß	58 ₰	Kaffeekanne bunt	95 ₰

1 Satz

Zink-Eimer 28 cm starkverzinkt 1,50

Emaille-Schmortöpfe neublau/weiß v. 14-24 cm 6,50

Waschbretter m. starker Zinkeinlag. 1,35

Nest-Eier 12 Stück 35 ₰

SOBEL

Isolierflaschen hält 24 Stunden kalt und heiß 95 ₰

Steinweg 45 Gr. Ulrichstr. 9 Reilstr. 1

Trotz der billigen Preise sind meine Waren erstklassig!

Stadt-Theater.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Sonnabend:
Waffenschmied

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim
der
Hallisch. Arbeiter

Koch's
Künstler-Spiele
Bunte Bühne.
Jägergasse 1
die führende Kleinkunstbühne, mit den besten Cabaret- u. Variété-Künstlern!
Beweis:
das große April-Programm!
Trotz den großen Unkosten, kleine Eintrittspreise u. kein Aufschlag auf Speisen und Getränke.
Erstkl. Hauskapelle.

Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Walhalla-Lichtspiel-Theater UFA
Fernruf 1224
Ab morgen, Freitag, den 11. April 1924:

Die große Seidel-Sänger-Attraktion für Halle

Vortragsfolge:

a) „Wein, Weib, Gesang", humorist. Wechselgesang
b) „Heimatglocken", Quartett a capella
} gesungen v. den Herren Bary, Weihmann, A. Seidel jun. u. Wesenberg

Durchlaucht kommt!

Heitere Zwischenspiele aus guter alter Zeit
(Eigene Zusammenstellung der Seidel-Sänger).

Durchl. Eusebius Augustinus XVIII. z. Schafstädt-Troddelhausen . . . A. Seidel sen.
Kindermann, persönlicher Adjutant . . . . . W. Seidel
Der Conferencier . . . . . A. Seidel jun.

In Anwesenheit Seiner Durchlaucht Auftreten folgender Kunstkräfte:

„In diesen heiligen Hallen", Lied aus „Die Zauberflöte", gesungen von Gustav Wesenberg.

Deibchen, das sächsische Unikum. Humoristische Solosszene von Curt Weihmann.

„Alt-Wien", Kostümszene für lyrischen Tenor von Leo Bary.

„Mein süßer Bubi", Chanson von Leander Choroso.

Das Hochzeitsgeschenk

Original-Schwank der Seidel-Sänger.

Personen:

Georg Winter, Dr. med. . W. Seidel
Käte, dessen Frau . . . L. Choroso
Bröselmeier, Rentier . . A. Seidel sen.
Johann, Faktotum . . . C. Weihmann
Minna, Dienstmädchen . A. Seidel jun.
Ein Marktbelfer . . . . L. Bary

Szene: Dr. Winters Wohnung.

Schlußmarsch, geblasen v. d. Seidel-Sängern. Aenderungen im Programm vorbehalten.
Am Flügel: Felix Glessmer, Kapellmeister u. Komponist.
Auftreten: 4.30 8.00.

Dazu der große Filmteil,

Die Nixe!

oder:

Das Abenteuer einer Mondnacht

Ein großer amerikanischer Gesellschaftsschlager in 6 Akten.
In der Hauptrolle die ebenso anmutige wie rassige

Anita Stewart

„Die Nixe" ist die lieblichste Wasserfee, die je einen englischen Lord am einsamen, mondbeglänzten Strande des elegantesten amerikanischen Seebades betört hat.

„Die Nixe" ist ferner das reizendste Zimmermädchen, das je die verwöhntesten internationalen Gäste in den verschwenderischen Hotels des New-Yorker Wolkenkratzerviertels zufriedengestellt hat.

„Die Nixe" ist schließlich eine der liebenswürdigsten Intrigantinnen, die je nach den Fesseln der Ehe geschmachtet hat.

„Die Nixe" ist noch mehr, sie ist eine Prinzessin von Geblüt, dazu eine süße, kleine Abenteuerin, die ein bedauerliches Schiffsunglück dahin korrigiert, daß es ihr zum Anlaß wird, eine ungewohnte Freiheit stürmisch auszukosten.

Ein Glanz von dem unerhörten amerikanischen Hotelluxusleben liegt über dem Prachtfilm, und Liebhaber von entzückenden kleinen Mädels finden eine seltene, geschmackvolle Auslese.

Vorführung: Werktags 6.30 10.00. Sonntags 3.30 6.30 10.00.

Beginn: Sonntags 3.30 Uhr, Werktags 4.30 Uhr.

Trauringe moderne Fassons
kauft man billigst bei
Amand Weiß
6354 Kleinschmieden 5

Die veredelte 6183
Dauerwäsche
Marke Waschbär
ist die Beste.
Von Leinenwäsche nicht zu unterscheiden
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2,
Geiststraße 17.

Grosse
Auswahl
in
Goldenen Trauringen
Billigste Preise
Juwelier Alexander Peto
vorm. als
W. Hempel
Halle a. d. S.
Leipziger Str. 83

Weizenmehl
Würzener Pfd. 17 Pf.
Back-Gewürze
Mandeln, Rosinen
Mohn
auf Wunsch gemahl.
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstr. 7
Gegüb. Neumarktsch

Reparaturen an Uhren u. Goldwaren
schnell, preiswert und gut
Gottfr. Schraut
6198 Uhrmacher
Schmeerstr. 4, Tel. 4374
Fachmänn. Bedienung.

Chines. Tees, Gewählte Qualitäten
F. Kohl, Halle a. S., Steinweg 11

Tapeten!

Karl Rapsilber,
Gegr. 1859. Gr. Steinstraße 82. Fernruf 2495.

Als Ostergeschenk empfiehlt
Dauerhafte Besuchstaschen
In Leder
sehr preiswert.
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. April 1924.

Geringe Veränderung des Reichsindex.

Die Tendenz zum Steigen bleibt.

Die auf den Stichtag des 8. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 1. April (122) mit 122,8 fast unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 107,7 (Vorwoche 107,7), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 89,7 (88,9), Industriestoffe 149,7 (148,9), davon die Gruppe Kohle und Eisen 139,1 (139), Inlandswaren 109,9 (109,6), Einfuhrwaren 184,6 (184,3).

Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Reichsregierung hat eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen abgelehnt, obwohl das zuständige Reichsarbeitsministerium eine Erhöhung vorgesehen und beantragt hatte. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, diese unglaubliche Haltung vor der Oeffentlichkeit zu begründen, weil sie selbst zugeben muß, daß die den Erwerbslosen gewährte Unterstützung durchaus unzureichend ist. Denn mit 3 bis 10 Mk. wöchentlich, je nach Ort und Familiengröße, kann kein Erwerbsloser sich selbst viel weniger seine Familie ernähren. Würde nicht die Wohlfahrtspflege helfend eingreifen, dann müßten die Arbeitslosen, insbesondere in den Großstädten, mit ihren Angehörigen verhungern, da selbst ein Familienvater mit Frau und zwei Kindern nur etwa 7 Mark wöchentlich bezieht. Kein Wunder, wenn die Kinder dieser Unglücklichen von Tür zu Tür schleichen, um ein Stückchen Brot zu erhaschen. Aber davon weiß eine unter dem Einfluß von Luther und Jarres stehende Regierung anscheinend nichts.

Dabei ist zu bedenken, daß eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Reich und Länder gegenwärtig kaum merklich belastet. Die hohen Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zusammen bis zu 3 Prozent des Lohnes, liefern bereits so erhebliche Summen, daß in sehr vielen Orten erheblich mehr eingenommen als ausgegeben wird. In diesen Fällen leisten Reich und Länder überhaupt keinen Zuschuß mehr. Allein die Höhe dieser Beiträge rechtfertigt schon eine Erhöhung der ungenügenden Erwerbslosenunterstützung. Unter diesen Umständen kann man die Vermutung nicht unterdrücken, daß die Haltung der Regierung beeinflußt wird durch die Arbeitgeberverbände, die bei einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Vergleiche mit den allzu niedrigen Löhnen in der Industrie fürchten. Das ist für uns ein Grund mehr, mit allem Nachdruck die Forderung nach Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nun erst recht zu erheben.

Zum Umzugs- und Versammlungsverbot.

Bekanntlich sind nach § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, weist der Minister des Innern im Anschluß an seine Verfügung vom 26. Februar 1924 zur Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes darauf hin, daß das Verbot auf gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge keine Anwendung findet.

Einreichungsfrist für Kreiswahlvorschläge.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahl sind spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag beim Kreisleiter einzureichen. Diese Frist läuft am 17. April ab.

Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 13. Februar 1924 eine neue Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter erlassen, die im Reichsgesetzblatt (1 S. 74) veröffentlicht worden ist. Die neue Verordnung hebt die in einigen früheren Reichsverordnungen enthaltenen Ausführungsbestimmungen zum vormaligen Schwerbeschädigtengesetz (vom 6. April 1920) auf, soweit sie nicht in die neue Verordnung übernommen werden, und bringt außerdem verschiedene für Unternehmer und Schwerbeschädigte beachtliche Neuerungen.

Unverändert bleibt die Verpflichtung des Arbeitgebers, 2 Prozent der insgesamt vorhandenen Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen, wobei auf 20 bis einschl. 69 Arbeitsplätze der erste, auf 70 bis einschl. 119 Arbeitsplätze der zweite Schwerbeschädigte usw. (nur je 50 fortschreitend) eingestellt werden muß. Ausnahmen kann auf Antrag nur die Hauptfürsorgestelle unter den im Schwerbeschädigtengesetz vorgesehenen Bedingungen zulassen. Bei der Berechnung der Arbeitsplätze werden mehrere Betriebe desselben Arbeitgebers im Bezirke der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken benachbarter Hauptfürsorgestellen zusammengerechnet. Abweichend von den bisherigen Ausführungsbestimmungen beginnt diese Einstellungspflicht auch in den Betrieben der öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei mindestens 20 Arbeitsplätzen. Auch kann gegenüber einer solchen Körperschaft mit weniger als 20 Arbeitsplätzen die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Hauptfürsorgestelle bestimmen, daß ein Arbeitsplatz für Schwerbeschädigte vorzubehalten ist. Gegenüber privaten Arbeitgebern kann dies die Hauptfürsorgestelle selbst anordnen, wenn der Betrieb im Bereiche dieser Hauptfürsorgestelle weniger als 20 Arbeitsplätze zählt, die Betriebe dieses Arbeitgebers im Deutschen Reiche zusammengerechnet aber über mehr als insgesamt 20 Arbeitsplätze verfügen.

Eine wichtige Neuerung zugunsten des weiteren Kreises der Erwerbsbeschränkten ist ferner, daß als Schwerbeschädigte auch solche Personen zu gelten haben, denen die Hauptfürsorgestelle den Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes vor dem 1. Januar 1923 zuerkannt hat, ohne seitdem diese Gleichstellung mit dem Schwerbeschädigten zu widerrufen.

Im Zusammenhang mit dieser Ausführungsverordnung wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes (in der Fassung vom 12. Januar 1923), insbesondere der Kündigungsschutz für die Schwerbeschädigten grundsätzlich weiter bestehen und daß die Behörden, ebenso wie die privaten Arbeitgeber gegenüber den Hauptfürsorgestellen nach wie vor zur Auskunftserteilung verpflichtet sind und den sich aus dem Schwerbeschädigtengesetz ergebenden Anordnungen zu entsprechen haben.

Die religiöse Erziehung der Kinder.

Die Willenserklärung der Erziehungsberechtigten.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Wie ein soeben ergangener Erlaß des preußischen Unterrichtsministers vom 29. März, betr. die religiöse Erziehung der Kinder, feststellt, kommt es bei der Entscheidung darüber nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 jetzt nur noch darauf an, daß die freie Einigung der Eltern, z. B. bei der Einschulung von Kindern aus Mischehen in konfessionelle Schulen, zweifellos feststeht. Die früheren strengeren Formvorschriften sind aufgehoben. Jeder Nachweis der Einigkeit der Eltern genügt, da diese nach Wortlaut und Sinn des Gesetzes in keiner Weise durch Formvorschriften belastet oder gar in ihrer Freiheit beeinflußt werden sollen. Als Nachweis kann auch die schriftliche oder mündliche Erklärung eines Elternteiles genügen, wenn sich nach den Gesamtumständen die Einigung zweifelsfrei ergibt (z. B. Erziehung der Geschwister in derselben Schule, persönliche Kenntnisse des Schulleiters, dem die Erklärung abgegeben wird und dergl.). Privatschriftliche oder mündliche Erklärungen beider Eltern werden in der Regel genügen, um die Einigung darzutun.

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung (Art. 149) und des genannten Gesetzes ist fernerhin eine vom Staate ausgesprochene „Befreiung" vom Religionsunterricht nicht mehr erforderlich. An deren Stelle ist eine von dem Erziehungsberechtigten abgegebene Erklärung über „Nichtteilnahme" am Religionsunterricht getreten.

Ungeheure Ausgaben

verursacht jeder Tag während des Wahlkampfes. Die hohen Kosten für Versammlungen, Druckschriften usw.

müssen gedeckt werden

von den eingehenden Geldern. Das ist natürlich nur dann möglich, wenn die Partei

durch freiwillige Beiträge

fortgesetzt unterstützt wird.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Halle, Postscheckkonto: Leipzig 85575.

Die Nichtteilnahme erfordert mit Rücksicht auf § 2 Abs. 2 des Reichsgesetzes über religiöse Kindererziehung grundsätzlich eine Erklärung beider Eltern. Nach dem Sinn des Artikels 149 Absatz 2 der Reichsverfassung genügt aber auch für diese Erklärung die einfachste Form. Jeder Schein einer absichtlichen Beeinflussung ist zu vermeiden. Es braucht nur festzustehen, daß die Berechtigten, die nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 über die religiöse Erziehung des Kindes bestimmen, ihren Willen deutlich erklärt haben. Eine eigene Erklärung 12jähriger und älterer Kinder ist nur notwendig, wenn es sich um einen Bekenntniswechsel handelt.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wahllisten liegen jetzt aus und es ist sehr wichtig, daß ein jeder Wähler sich davon überzeugt, ob er auch in dieser Liste verzeichnet ist. Es kann unter Umständen das Wahlrecht verloren gehen, zumindest hat mancher, der in den letzten Monaten umgezogen ist, damit zu rechnen, daß er am Wahltage von einem Wahllokal ins andere muß. Aber dann wird geschimpft werden, nicht etwa über die eigene Saumseligkeit, sondern über die Stadt- oder Gemeindeverwaltung, die doch mit der Aufstellung der Listen sehr viel Arbeit gehabt hat. Bei der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen raten wir unseren Lesern, sich von der richtigen Eintragung ihrer Personalien in die Wählerliste zu überzeugen. Die Listen liegen nur noch einige Tage zur Einsichtnahme aus.

Kommunistische Wahlstimmungsmache.

Mißbrauch der Erwerbslosen zu Propagandazwecken.

Die Parolenschmiede der KPD. arbeitet nach wie vor mit Hochdruck. An die Erwerbslosenräte und Funktionäre erging am 30. März z. B. ein Befehl, daß in der Woche vom 13. bis 20. April in allen Gemeindeparlamenten Forderungen der Erwerbslosen in Form von Anträgen zu vertreten sind. In dem kommunistischen Rundschreiben heißt es ausdrücklich, daß „Abänderungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn es die örtlichen Verhältnisse unbedingt erfordern". Die Anträge sind selbstverständlich von der üblichen handwurmartigen Länge und verfolgen rein agitatorische Zwecke. Betriebsstillegungen sollen verhindert werden, Notstandsarbeiten in Angriff genommen und die Erwerbslosenunterstützung soll auf 65 bis 95 Prozent der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter gebracht werden. Außerdem werden Wirtschaftszuschläge, Heiz- und Brennmaterial, Niederschlagung gestundeter Gastrechnungen und Mieten, Anerkennung der Erwerbslosenräte usw. usw. gefordert.

Damit für die nötige Stimmung gesorgt ist, heißt es im Rundschreiben ausdrücklich: „Diese Forderungen sind so rechtzeitig einzureichen, daß kein Widerspruch dagegen erhoben werden kann. Die Erwerbslosen haben diesen Forderungen am Tage der Behandlung derselben in den Gemeinderatssitzungen durch große Massendemonstration im Verein mit den Arbeitenden größten Nachdruck zu verleihen." Das bedeutet also, daß alle Gemeindevertretungen in der Osterwoche mit dem nötigen Krach in ihren Sitzungen mit unzugehörigen Demonstrationen, Tribünenradau, Hinauswurf von Kommunisten, „Entlarvung von Sozialverrätern", namentlich von sozialdemokratischen Vorstehern, zu rechnen haben. Denn Befehle werden bekanntlich bei den Kommunisten programmäßig durchgeführt.

* **Zahlung der Zusatzrente für den Monat April.** Die Zahlung der Zusatzrente (Teuerungszuschuß) für Kriegerhinterbliebene für den Monat April erfolgt als Barzahlung durch die Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge, Kl. Steinstr. 8 III, und zwar: Montag, den 14. April, vormittags von 9 bis 1 Uhr: Buchstaben A bis L; Dienstag, den 15. April, vormittags von 9 bis 1 Uhr: Buchstaben M bis Z. Als Ausweis haben die Empfangsberechtigten bzw. deren Bevollmächtigte die Ausweiskarte mitzubringen.

* **Unsitten der Schulkinder.** Die Klagen der Autobesitzer häufen sich, daß Schulkinder beim Herangehen eines Autos den Weg versperren und erst in dem Augenblick, wo der Wagen kurz vor ihnen steht, Platz machen. Es wird ferner in allen Orten Klage darüber geführt, daß halbwüchsige Jungen nach den Scheiben vorbeifahrender Automobile mit Steinen werfen. Beide Unarten, die aus Leichtsinn und Unverstand begangen werden, sollten von den Eltern und Lehrern aufs nachdrücklichste bekämpft werden. Es muß den Kindern eindringlich vor Augen geführt werden, daß sie nicht nur die Autoinsassen, sondern — besonders beim Versperren des Weges — auch sich selbst in Lebensgefahr bringen.

* **Die kostenlose Totenbestattung** ist in Zwickau am 1. April zur Einführung gekommen. Sie umfaßt die Besorgung des Leichendienstes, die Ueberführung der Leiche nach dem Friedhof, Lieferung des Sarges mit Ausstattung und der Leichenwäsche, die Aufbahrung, Grablegung oder Einäscherung der Leiche, die Herstellung des Grabes oder Lieferung einer Aschenurne sowie Beisetzung der Urne in einem Reihengrab. Die endliche Verwirklichung der kostenlosen Totenbestattung ist der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit zu verdanken, welche den heftigen Widerstand der bürgerlichen Fraktionen zu brechen verstand. Ein bedeutender sozialer Fortschritt ist damit erzielt. Die Kosten werden durch einen Sonderzuschlag zur Gewerbesteuer gedeckt.

* **Sommerfahrplan der Merseburger Ueberlandbahnen.** Vom 5. April 1924 an sind auf der Strecke Halle—Ammendorf ab Halle von 12.20 bis 7.40 Uhr abends und ab Ammendorf von 11.47 bis 7.07 Uhr abends Zwischenwagen eingelegt, so daß ein regelmäßiger 20-Minuten-Verkehr stattfindet.

* **Wiedereinlegung von Schnellzügen.** Von Dienstag, den 15. April ab werden die Schnellzüge: D 32 Berlin (ab 7.50) — Halle (10.16/22) — Stuttgart (an 9.18) und D 33 Stuttgart (ab 9.45) — Halle (8.02/08) — Berlin (an 10.32) wiedereingelegt. D 32 hält in Bitterfeld (9.46/48). Dagegen fällt vom 15. April ab der Aufenthalt bei D 42 Berlin—Halle—Frankfurt (Main) in Bitterfeld fort.

* **Die Gebühr für die Gewerbeaufsichtsprüfung.** Vom 1. April 1924 an haben, wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Anlaß des Handelsministers entnimmt, die Kandidaten bei der Meldung zur zweiten Prüfung (Gewerbeaufsichtsprüfung) eine Gebühr von 50 Goldmark zu entrichten. Bei der Wiederholung der ganzen Prüfung sind nochmals 50 Goldmark, bei Wiederholung der mündlichen Prüfung 25 Goldmark zu zahlen.

* **Strafandrohung für Rundfunkfreibeuter.** Die Oberpostdirektion teilt mit: Gemäß § der im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 66 vom 18. März veröffentlichten und am 19. März in Kraft getretenen Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. März 1924 wird mit Gefängnis bestraft, wer vorsätzlich entgegen den Bestimmungen dieser Verordnung eine Funkanlage errichtet oder betreibt. Nach § 3 der Verordnung tritt für heimlich errichtete Funkanlagen Straffreiheit ein, wenn die nachträgliche Genehmigung binnen vier Wochen seit Inkrafttreten der Verordnung, d. h. bis spätestens 16. April, nachgesucht wird. Die im allgemeinen schriftlich zu stellenden Anträge werden von jeder Post- oder Telegraphenanstalt entgegengenommen. Die Antragsteller können ihre Anlagen bis zur Erledigung ihrer Anträge ohne Genehmigung weiterbetreiben.

* **Anzeigen gegen Wucher und Preistreiberei** können nach wie vor bei der Geschäftsschreiberei-Abteilung 9 des Amtsgerichts, Kl. Steinstraße 7, Zimmer 34, gemacht werden.

* **Der Zentralverband der Invaliden und Rentner teilt mit,** daß die verbilligten Brotgutscheine für die Sozial- und Unfallrentner von Freitag an in den Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins eingetauscht werden können. Da eine ganze Anzahl Rentner ihre Gutscheine noch nicht abgeholt haben, wird zur Gutscheinausgabe des Bureau am Freitag von 4 bis 7 Uhr nachmittags offen gehalten.

* **Arbeiterwohlfahrtsausschuß.** Die nächste Sitzung des Arbeiterwohlfahrtsausschusses für Halle und den Saalkreis findet Montag, den 14. April, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt, nicht am Sonntag, wie irrtümlich in dem Bericht über die Frauenkonferenz angegeben.

* **Schiffsnachrichten der Hamburg-Amerika-Linie.** Hamburg—Nordamerika: D. „Deutschland" 5. April in Newyork. D. „Reliance" 7. April ab Cherbourg, Heimr. D. „Emden" 4. April ab Norfolk nach Bremen und Hamburg. — Hamburg—Westküste Nordamerika: D. „Sachsen" 5. April in Hamburg. — Hamburg—Kuba—Mexiko: D. „Holsatia" 5. April Dover pass, Ausr. D. „Toledo" 5. April ab Havana nach La Coruna, Heimr. D. „Westerwald" 6. April in Hamburg. — Hamburg—Westindien: D. „Kyphissia" 5. April Quessant pass, Ausr. D. „Tsad" 4. April ab Colon n. Pto. Colombia, Heimr. D. „Adalia" 6. April in Amsterdam, Heimr. Hamburg—Südamerika: D. „Liguria" 5. April in Antwerpen, Ausr. D. „Wasgenwald" 4. April St. Vincent pass., Heimr. D. „Baden" 8. April ab Buenos Aires, Heimr. D. „Frankenwald" 3. April ab Buenos Aires, Heimr. D. „Teutonia" 6. April Quessant pass, Heimr. D. „Odarwald" 4. April in Montevideo, Ausr. D. „Bayern" 5. April in Buenos Aires, Ausr. D. „Galicia" 6. April ab Vigo, Ausr. D. „Almark" 7. April ab Rotterdam n. Narvik, Ausr. D. „Antiochia" 7. April ab Pernambuco, Ausr. — Hamburg—Westküste Südamerika: D. „Schwarzwald" 4. April ab Valparaiso, Heimr. D. „Kellerwald" 5. April ab Balboa, Ausr. — Hamburg—Ostasien: M. S. „Münsterwald" 3. April ab Colombo n. Genua, Heimr. D. „Brasilia" 5. April an Chinwangtoa, Heimr. M. S. „Rheinland" 6. April Aden pass., Heimr. M. S. „Havelland" 5. April in Schanghai, Ausr. D. „Oldenburg" 8. April in Tsingtau, Heimr. — Nord- und Ostseedienst: D. „Düsseldorf" 6. April in Halmstadt, Ausr. D. „Mannheim" 7. April Rotterdam pass, nach D. Rhein, Ausr. D. „Straßburg" 6. April in Düsseldorf, Ausr. D. „Duisburg" 7. April ab Oxesund, Ausr.

* **Eine neue Genossenschafts-Zeitschrift,** herausgegeben von Prof. Dr. E. Grünfeld, dem Leiter des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität Halle, erscheint vom April an in Form der sechsmal jährlich herausgegebenen „Genossenschafts-Korrespondenz", die bisher nur einem kleinen Kreise zugänglich war, die aber in ihrem zweiten Jahr auf einen weiteren Leserkreis rechnet. Die „Genossenschafts-Korrespondenz" wird als unabhängige und unparteiische wissenschaftliche, aber im guten Sinn gemeinverständliche Zeitschrift erscheinen und neben dem Genossenschaftswesen auch das Gewerkschaftswesen, die Arbeitnehmerverbände, Interessentenverbände, Kammern und Räte, kurz alle modernen sozialen Organisationen behandeln. Probenummer unentgeltlich durch den Verlag H. Meyers Buchdruckerei, Halberstadt.

Herren-Gummi-Mäntel Rote WKW.-Spez.-Gummier. haltb. Stoffe in neuen Must. 33,— 29,— **21—**

Herren-Wind-Jacken imprägnierte, wetterfeste Stoffe in Segeltuch, Gabardine u. Covercoat 18,50 17,50 **14—**

Herren-Breeches-Hosen strapazierfähige, neue Stoffe in Homespun, Manchester, Cord und imit. Wildleder, Manchester . . . 12,50 10,50 **8—**

Damen-Lodenmäntel imprägnierter Kamelhaarloden . . . . . **42—**

Damen-Wind-Jacken imprägnierte beste Qualität, neueste Formen . . . . . **22—**

Damen-Breeches in Homespun u. prima Stoff, Qualitäten, einfarbig u. gemustert . . . . 26,— 21,— **18.50**

Damen-Wettermäntel kurze Sportform . . **24—** Damen-Wettermäntel mod., anlieg. lang. Form **29.50**

S. Weiss

Eigene Fabrikation: Halle—Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0005

Ein Sozialdemokrat Landeshauptmann.

Die Linke des Provinziallandtages erzielte durch musterhafte Fraktionsdisziplin einen vollen Erfolg.

Vormittagssitzung vom 9. April.

Die heutige Sitzung begann mit der großen Aussprache zum Haushaltsplan.

Abg. Thiele-Halle (VSPD.) konnte feststellen, daß der jetzt vorliegende Etat gegen seine Vorgänger mit den unüberseehbaren Nullenkompagnien einen besseren Ueberblick gestatte. Es lasse sich aber noch eine weit zweckmäßigere Einteilung schaffen. Erfreulich sei die Tatsache, daß das abgelaufene Geschäftsjahr 1923 mit einem Ueberschuß von rund einer halben Million abschließt und aus diesem Grunde und anderen Umständen die zu erhebende Umlage ziemlich niedrig gehalten werden kann. Die zahlreichen Fonds, die der Provinzialverwaltung einst zur Verfügung standen, sind völlig verdustet; die augenblicklich günstige Finanzlage müsse daher genutzt werden zur Schaffung neuer Fonds. Die Unterstützung des Kleinbahnwesens muß in weitestgehendem Maße fortgeführt werden. Das Lob, das der stellvertretende Landeshauptmann auf den Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden erklingen ließ, muß verstimmend wirken. Bei den Besprechungen, den Achtstundentag zu beseitigen und die an sich schon niedrigen Löhne noch weiter zu drücken, war der Kommunenarbeitgeberverband führend. Genosse Thiele richtete an die Landesverwaltung das Ersuchen, in dem Verkehr mit jener Organisation immer darauf zu dringen, daß Gemeinden Musterbetriebe sein sollen. Warme Worte fand der Redner für die Glieder der Gesellschaft, die der Fürsorgeerziehung anheimgefallen sind und stellte fest, daß hier doch merkliche Besserung zu verzeichnen sei. Am Schlusse seiner Ausführungen, die sich ausschließlich auf den Haushaltsplan beschränkten, redete er einer vorsichtigen, weit ausschauenden Steuerpolitik das Wort, die erforderlich sei, um unvorhergesehene Rückschläge unmöglich zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Zehle (Magdeburg) bemängelte, daß die Provinz den Personalabbau nicht rücksichtslos genug durchgeführt und die Absicht habe, auf dem Gebiete der Erfüllung von Kulturaufgaben wie bisher an erster Stelle zu stehen. Mit aller Entschiedenheit wendete sich der Redner gegen die vom Provinzialausschuß in Vorschlag gebrachte Schaffung eines Landesjugendamtes und die durchgreifende Besserung der Provinzialstraßen. Durch die ganze Rede klang ein so reaktionärer Unterton, daß man glauben mochte, einen vielbeschäftigten Junker an der Rednertribüne zu sehen.

Abg. Schilling-Halberstadt (Zentrum) versuchte, die Ursachen der Inflation zu ergründen und bemerkte, daß die Notgesetze notwendig sind, um die Existenz des Volkes zu erhalten. Die Arbeiter beschwerten sich nicht über das Arbeitszeitgesetz, sondern darüber, daß der Gewinn der gesteigerten Mehrarbeit in die Taschen der Unternehmer fließt.

Abg. Wallstab-Stockfurt (VSPD.) hielt eine mehrstündige Wahlrede, die er von der Wahlbewegung her gut eingeübt hat. Nur ab und zu erwähnte er Dinge, die mit dem Haushalt der Provinz im Zusammenhang standen. Während der fast dreistündigen Ausführungen kam es wiederholt zu lebhaften Szenen, die durch ungehörige Zwischenrufe der Rechten provoziert wurden.

Abg. Müller-Magdeburg (Dem.) bewegte sich in denselben Redensarten wie sein Magdeburger Gesinnungsfreund von der Deutschen Volkspartei.

Abg. Henze-Hasserode (VSPD.) betonte mit Recht, daß wir den von dem Vertreter des Landeshauptmanns geäußerten Optimismus nicht teilen könnten. Der wirtschaftlichen Entwicklung in der Provinz müsse weitgehendste Förderung entgegengebracht werden durch Unterstützung des Mittellandkanalprojektes. Weit mehr als bisher müsse die Provinzialverwaltung auch dem Wohnungs- und Siedlungswesen ihre Aufmerksamkeit schenken. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege sei sehr viel gutzumachen; und wir werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß das ganze Elend die Folge des Krieges ist. (Sehr richtig!) Unter allgemeiner Zustimmung der Linken kritisierte der Redner die Schandurteile, wie sie von der Nordhauser Justiz über Arbeiter gefällt wurden, die bei einer Hungerdemonstration Landfriedensbruch begangen haben sollen. Eingehend besprach der Redner dann die Steuerpolitik und wies die Vorwürfe zurück, die von dem kommunistischen Redner wegen der Beseitigung des Achtstundentages erhoben worden sind. An die Staats- und Reichsregierung müsse das Verlangen gestellt werden, durch eine verständige Außenpolitik die Vorbedingungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen. (Brav!)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Vormittagssitzung geschlossen. In der Nachmittagssitzung soll die Wahl des Landeshauptmanns vorgenommen werden.

Nachmittagssitzung vom 9. April.

Während der Rede des kommunistischen Abgeordneten Wallstab in der Vormittagssitzung wurden dem Abg. Dr. Stanger (Dn.) zwei Ordnungsrufe erteilt; nach einer Aussprache mit dem Präsidenten wurde der zweite Ordnungsruf zurückgenommen, da die Bemerkung sich nicht gegen die Geschäftsführung des Genossen Beims gerichtet hatte. Sodann beschloß der Landtag, am Freitagnachmittag einer Einladung der Direktion der Anilinfabrik in Wolfen zur Besichtigung der Werke Folge zu leisten.

Der Vorsitzende des Provinzialausschusses Genosse Beims berichtete sodann über die Vorlage betr. die

Neuwahl des Landeshauptmanns,

die sich nötig gemacht hat, da der bisherige Landeshauptmann Oeser seit dem 28. November 1922 dem Reichskabinett angehört. Die Wahl soll nicht auf 12 Jahre erfolgen, wie der Prov.-Ausschuß vorschlug, sondern entsprechend einem von der Rechten unterstützten Antrage der Kommunisten nur auf 6 Jahre, und zwar zu den Gehaltssätzen nach Besoldungsgruppe B IV der preußischen Beamten. Abg. Dr. Rive wollte in die Anstellungsbedingungen die einschränkende Bestimmung aufgenommen wissen, daß der zukünftige Landeshauptmann seine ganze Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der Provinz stellen solle; Mandate zu gesetzgebenden Körperschaften dürfte der zu Wählende nicht annehmen. Herr Rive war jahrelang Mitglied des Preußischen Herrenhauses; wir haben nicht gemerkt, daß Herr Rive auf die hohe Ehre, einen Teil seiner eigentlich der Stadt Halle ausschließlich gebührenden Arbeitskraft dem preußischen Junkerparlament zu widmen, verzichtet hätte. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nach einigen Ausführungen des kommunistischen Abgeordneten Beyer (Magdeburg) über die Auffassung seiner Partei zum bürgerlichen Parlamentarismus wurde zur Wahl geschritten. Die sogenannte bürgerliche Vereinigung hatte den früheren Regierungspräsidenten von Merseburg, von Gersdorff, die demokratische Fraktion den bisherigen Stellvertreter des Landeshauptmanns Geh.-Rat Dr. Hübener in Vorschlag gebracht. Kandidat der VSPD. war der frühere Volksbeauftragte und spätere Gesandte in Brüssel Dr. Landsberg. Sämtliche 110 Abgeordnete waren zur Stelle. Unser Genosse erhielt im ersten Wahlgange die gesamten Stimmen der Linken (37 VSPD. und 17 KPD.). Herr von Gersdorff erhielt 24, Hübener 31 Stimmen. Im zweiten Wahlgange erhielt Dr. Landsberg wieder die 54 Stimmen der Linken. Dr. Hübener unterlag, da von bürgerlicher Seite drei Zettel abgegeben worden waren, mit 53 Stimmen.

Das Ergebnis der Wahl wurde von der Linken mit Beifall, von der Rechten mit größter Bestürzung aufgenommen. Eine ganze Reihe von Bittschriften wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Schluß der Sitzung 7½ Uhr abends.

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen.

An die Ortsvereine!

(Abrechnungen einsenden.)

Wir erinnern nochmals an die Erledigung der Vierteljahrsabrechnung Januar/März: Einige Ortsvereine haben die Abrechnung noch nicht eingesandt. Wir ersuchen deshalb, das umgehend zu tun, damit die Kassenabschlüsse fertiggestellt werden können.

Gleichzeitig ersuchen wir die Ortsvereine, über die erhaltenen illustrierten Flugblätter abzurechnen und das Geld dafür umgehend an die Bezirkskasse einzusenden. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 87575.

Bezirksleitung der VSPD. Halle.

Aus den Provinzial-Heilanstalten.

Die Anzahl der Geisteskranken, deren Fürsorge dem Provinzialverbande obliegt, hat im Rechnungsjahr 1923 nicht wesentlich zugenommen. Sie betrug am 1. April 1923 insgesamt 4162, stieg bis Ende August 1923 auf 4235, fiel aber bis zum 1. Januar 1924 auf 4160, um von da ab zum 1. März wieder auf 4225 zu steigen. 3465 dieser Geisteskranken befinden sich in den Heilanstalten des Provinzialverbandes Nietleben, Altscherbitz, Jerichow, Uchtspringe und Pfafferode bei Mühlhausen, in privaten Anstalten sind 558 und in Familienpflege 202 untergebracht. Eine Ausdehnung der Familienpflege, die vom Landeshauptmann für die Zukunft angestrebt wird, hat sich bisher wegen der ungünstigen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse nicht ermöglichen lassen. Die geringe Zunahme der Geisteskranken gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Kreise wohl hauptsächlich aus finanziellen Gründen nur solche Kranke überweisen, welche der Anstaltspflege unbedingt bedürfen, und ferner darauf, daß die Heilanstalten möglichst alle nicht mehr anstaltsbedürftigen Kranken entlassen haben. Es ist aber zu befürchten, daß die Anzahl der neu überwiesenen Kranken wieder allmählich steigen wird.

Eine Ohrfeige für die Faschisten.

Der kommunistische Amtsvorsteher Schmöller in Dürrenberg, der Anfang dieses Jahres vom Regierungspräsidenten zu Merseburg wegen seiner angeblichen parteiischen Haltung nationalen Verbänden gegenüber vom Amte entboben wurde, ist vom Innenminister Severing wieder in sein Amt eingesetzt worden.

Schmöller hatte damals einen vom Jungdo veranstalteten sogenannten „Deutschen Abend" aufgelöst, da er darin nicht mit Unrecht eine mit dem Belagerungszustand in Konflikt stehende Versammlung erblickte. Natürlich entfalteten die Nationalisten, an der Spitze der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Dynder, gegen Schmöller eine infame Hetze und erreichten zunächst damit, daß Schmöller vom Amt suspendiert wurde. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren hat nun wohl ergeben, daß er korrekt gehandelt hatte, und so mußte seine Wiedereinsetzung erfolgen.

Wir gehen bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß nun die Hetze gegen den Minister des Innern, Genossen Severing, losgehen wird. Die Faschisten finden es ganz in der Ordnung, daß Minister nach ihrer Pfeife tanzen, deshalb werden sie um so wütender sein, daß in Preußen die Sache anders gemacht und jeder so behandelt wird, wie er es verdient.

Neuwahl der Elternbeiräte.

Wahltermin: 25. Mai.

Die im Jahre 1922 gewählten Elternbeiräte an Schulen sind nach den vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassenen Satzungen nur auf zwei Jahre gewählt. Es muß daher eine Neuwahl stattfinden. Die Regierung in Merseburg hat als Wahltermin für die Neuwahl der Elternbeiräte der ihr unterstellten Schulen Sonntag, den 25. Mai 1924 einheitlich festgesetzt. Die bisherigen Elternbeiräte führen die Geschäfte bis zur Einberufung der neugewählten Elternbeiräte weiter.

Merseburg. Protestversammlung der Rentenempfänger. Am letzten Sonntag hielten der Reichsbund für Kriegsbeschädigte sowie die Sozialrentner in der „Funkenburg" eine Protestversammlung ab. Der Referent, Genosse Schneider (Magdeburg), sprach über das Thema: „Der Rentenabbau und seine Folgen". Der Referent führte ungefähr folgendes aus: Obwohl die Reichsregierung selbst sagt, daß der Rentenabbau brutal und roh ist, hat man ihn trotzdem durchgeführt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Einige Zahlen mögen genügen, um die brutale Herabsetzung zu beweisen. Die Rente für Unfallverletzte wurde um 75 Prozent, die der Kriegsbeschädigten um 50 Prozent heruntergesetzt. Bei den Aermsten der Armen — den Sozialrentnern — geschah es in derselben Weise. Die Renten, die nunmehr gezahlt werden, stehen zu den jetzigen Lebensverhältnissen im schroffsten Widerspruch, deshalb ist eine Aufbesserung der Renten dringend notwendig. Redner erläuterte die Verordnung der Reichsregierung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 und stellte fest, daß sie Verbesserungen der Fürsorge nicht in sich birgt. Nachdem er noch vor unbesonnenen Schritten, namentlich vor wilden Demonstrationen, gewarnt, schloß er sein Referat mit der Aufforderung, bei den kommenden Wahlen nur solche Kandidaten zu wählen, die für die Rentner das nötige Verständnis haben. In der Diskussion sprachen außer den Herren Hoppe und Merebach noch die Kommunisten Sämisch und Schmöller. Nach echt kommunistischer Art, die sich in Strampeln und Schreien auswirkte, suchten beide für ihre Partei den nötigen Tamtam zu schlagen, dürften aber bei den Versammelten mehr Abscheu als Eindruck hinterlassen haben.

Merseburg. Gräberfund. Bei den Durchbruchsarbeiten Weißenfelserstraße-Sand fand man auf dem Leonhardtschen Grundstück mehrere Gräber mit Knochenresten. Ein Skelett stand aufrecht, der Schädel war ungewöhnlich groß. Das Alter der Gräber schätzt man auf 3—40 Jahre. Es dürfte sich um Gräber des ehemaligen Friedhofes St. Sixti handeln. — Einbruchdiebstahl. Die Trinkhalle an der Ecke Damm-Bahnhofstraße wurde in letzter Nacht von Einbrechern gewaltsam geöffnet. Vorhänge, Gardinen, ein Dutzend Trinkgläser sowie sechs Flaschen Limonade und die elektrische Lampe nahmen die Diebe mit. — Theater-Verein. Die Mitgliederversammlung in dieser Woche wird auf Freitag verlegt (Tivoli 8 Uhr).

Roßla. Aus dem Gemeindeparlament. Aus der letzten Sitzung der Gemeindevertretung und des Zweckverbandsausschusses, die am Freitag stattfand, ist folgendes zu berichten: Es wurde zunächst beschlossen, die Gewerbesteuer vom Betriebskapital und dem Ertrage zu erheben, und zwar mangels jeglicher Unterlage über Bedarf und über den Ertrag mit 100 Prozent. Ferner wurde die Steuer auf Grundvermögen auf 150 Prozent erhöht. Die Gemeindevertretung ist gewillt, die Gemeindeplantagen mit 3000 Goldmark jährlich gegen Hagelschaden zu versichern; man will aber erst beim Kreisausschuß anfragen, welche Stellung er zu dieser Frage einnimmt. Ferner wurde Herrn Häßler die Erlaubnis erteilt, den Zollbach vor seinem Hause zu überbrücken. Einer Anregung des Landrats in Sangerhausen, die Zahl der Gemeindevertreter auf 9 herabzusetzen, wurde nicht Folge geleistet. Da aber die Gemeindevertretung nicht beschlußfähig war, konnten die Punkte, die Gemeindeangelegenheiten betreffen, nur vorberaten werden. Die endgültige Beschlußfassung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Delitzsch. Wassermangel. Die Stadt leidet seit einiger Zeit an einem sich empfindlich bemerkbar machenden Wassermangel. Die Ursache ist in dem stark zurückgegangenen Grundwasser zu suchen. Um den Uebelstand zu beseitigen, wird eine Vertiefung der Brunnen oder die Anlage neuer Brunnen nötig sein.

Gräfenhainichen. Ansiedlung industrieller Unternehmungen. Ein lebhaftes Interesse macht sich zurzeit in industriellen Kreisen bemerkbar, um in der Nähe unserer Stadt Fabrikanlagen zu schaffen. Es schweben Verhandlungen, die dahin gehen, die Fabrikgrundstücke der Maizena-A.-G., die ihren Betrieb hier eingestellt und nach Barby verlegt hat, an ein großes industrielles Unternehmen zu verkaufen. Auch an die Kirchengemeinde ist eine Metallwarenfabrik herangetreten, um jenseits

Der weiße Schrecken.

22] Roman von **Andor Nagy.**

Aus dem Ungarischen übertragen von Stephan J. Klein.

„Aber wahrhaftig! Wie könnt Ihr so sein! Das ist wirklich nicht schön! Aber Mangi! Aber mein lieber Freund . . . Regen Sie sich doch nicht auf . . . Mein Gott, solche Kinder!" und begann in ihrer Verwirrung zu lachen.

Inzwischen war Mangi schmollend hinausgeeilt.

Daß sie nun endlich draußen ist! freute sich Lola im geheimen und versuchte sofort, Abel gegenüber die zeremonielle Dame des Hauses zu spielen.

Abel saß mit gerötetem Gesicht auf seinem Platze büßenden Blickes. Er sprach bedauernd:

„Verzeihen Sie mir, ich hätte Sie mit derartigen Reden wirklich gern verschont. Doch weiß ich selbst nicht, weshalb; aber in der letzten Zeit reizen mich diese Dinge ganz besonders."

„Wissen Sie, um ganz aufrichtig zu sein, es ist nicht sehr klug von Ihnen, solche Dummheiten zu schwätzen, gerade in der heutigen Welt, da man endlich entdeckt hat, daß man mit Ihrer Rasse nicht höflich sein könne und sie gründlich aus dem Lande komplimentieren müsse."

„Nein, das ist wahrlich nicht klug."

„Und gerade bei mir, da Sie doch ganz genau wissen, welcher Meinung ich über Ihre Leute bin."

„Verzeihen Sie, Sie sind eine so alte und unerbittliche Feindin von mir, daß es lächerlich wäre, wollte ich Ihnen gegenüber den Kampf aufnehmen."

„Nun . . . Wir sind keine Freunde! Und wissen Sie, insbesondere in der letzten Zeit, während dieser verdammten jüdischen Diktatur . . ."

Abel fiel ihr ins Wort: „Sagen Sie mir bloß, war denn auch die Diktatur jüdisch? War auch ich an ihr beteiligt?"

„Ach, wie furchtbar! Wissen Sie denn nicht, daß alle Volkskommissare Juden waren? Und daß kein einziger jüdischer Bauer erschossen wurde?"

„Dies ist ja eben das Furchtbare! Erstens nicht alle Volkskommissare waren Juden, aber ich und Hunderte von den Geiseln, Eingekerkerten und Verurteilten, wir waren Juden. Zweitens: erschossen wurde, wer sich auflehnte."

„Unterbrechen Sie mich nicht!"

„Ich soll nicht unterbrechen! Herrschte die Kommune, so werde ich eingesperrt, weil ich ein Bourgeois bin. Siegt die Bourgeoisie, so soll ich auch aus dem Lande trollen, denn die Kommune wurde von Juden gemacht! Wo ist denn da ein bißchen Vernunft? Wohin soll ich denn gehen, wo soll ich leben, wo habe ich ein Recht, zu leben? Und man sagt mir: „Marsch, hinaus!", denn ich vermochte nicht zu einem Ungar zu werden, andererseits aber leidet man mir selbst das unter die Nase, daß ich einen ungarischen Namen annahm! Und überhaupt, jetzt plötzlich . . ."

Er verstummte.

„Aber was sprecha ich denn hier," fuhr er still, mit erzwungenem Lächeln fort. „Wahrhaftig, verzeihen Sie mir, wozu erzähle ich Ihnen solche Dinge, jetzt, und gerade Ihnen?"

„Ja, und Sie haben mich unterbrochen . . . Nun . . . ich wollte sagen . . . jawohl! Wissen Sie, insbesondere jetzt, da ich draußen wieder in meine alte Umgebung zurückgekehrt bin, sehen Sie, ich kann nichts dafür, ich mag Ihre Rasse nicht leiden, lieber Abel. Nein, vergeblich, das sind ganz andere Menschen! Wissen Sie, nun bin ich voller Begeisterung. Diese Vornehmheit, es ist nun einmal so, die Vornehmheit des geborenen Herrn, ja, und diese Schneidigkeit, wie sie leben, gehen, gründlich, sich unterhalten, und wie sie lieben, nur das allein gefällt mir . . . ausschließlich."

Abel lächelte noch immer, aber nun nicht mehr gezwungen, sondern mit der unermeßlichen Bitterkeit des überlegenen Menschen, dessen ehrlichen wahren Glauben andere zerstören wollen. Dieses Lächeln sagte: Ja, du elende Bestie, also bloß jene sind die Vornehmen, sprich nur, erzähle die häßlichen Gemeinheiten, zeige dich nur ganz, du kleines, angefaultes Geschöpf, wühle nur in mir, ich verabscheue dich ohnehin! . . . Du hast recht, nur jene sind die Vornehmen, denn du hast mir noch zu wenig geraubt, du, du Bestie!

„Und wissen Sie," begeisterte sich Lola ungehemmt weiter. „Wenn ich Sie mit denen vergleiche, dann . . . Brrr! . . . Wissen Sie, Sie haben meinen Leichtsinn sehr mißbraucht, als ich einmal gesagt habe: Heiraten Sie mich."

Wäre es Lola eingefallen, Abel nun anzufehen, sie würde erschrocken sein. Abel lächelte unheimlich. Sein verzerrtes Gesicht sagte: Du Auswurf der Welt, wie niederträchtig ist doch dein schönes Gesicht. Ich habe deinen Leichtsinn mißbraucht? Keine einzige Umarmung hast du mir gegeben . . . und heute sitzt du auf meinem Gut, in meinem Kastell, du . . . du — wie soll ich dich nennen? Du Wanze!

„Wissen Sie," plapperte Lola weiter, „es kostete mich die größte Anstrengung, meine Magnatenfreunde zu behalten, denn ich war ja die Frau eines Juden geworden! Haben Sie eine Ahnung, was dies für die Frau eines Juden bedeutet? Sie können es sich ja denken?"

Abel nickte spöttisch.

„Das verdanke ich Ihnen!" sagte Lola gereizt.

Sie hielt nun im Reden inne, schaute Abel an. Heftige Wut erfaßte sie.

„Weshalb lächeln Sie so höhnisch! Ich dulde das nicht! Auch dies ist das Gröhlen Ihrer ekligen Rasse, das prahlende Gröhlen darüber, daß ihr Geld habt! Abscheulich!"

Abel schwieg, doch vermochte sich sein Gesicht nicht zu glätten. Und nun sagten seine Züge: Aber unser Geld ist nicht abscheulich! Was?

„Ich verabscheue Sie!" tobte Lola. „Alles verabscheue ich, was von Ihnen kommt: dieses Kastell, dieses Gut . . . Doch werde ich den Stempel, den Sie all dem aufgeprägt haben, schleunigst fortwischen! Ich sollte all dies wohl gar nicht annehmen? Soll mich wohl mit leeren Händen hinausstoßen lassen. Soll zum Teufel gehen! Soll glücklich sein, daß ich die Frau des gnädigen Herrn Abel sein durfte! Wenn ich nur kein Geld koste! Was?"

Abel fiel in seine alte Weichheit zurück, denn Lola griff mit Meisterhand auf jene Saite hinüber, die in diesem Menschen die empfindlichste war. Niemand möge glauben, daß er, der verachtete Jude, nicht dennoch ein vornehmer Mensch sei.

„Bitte," begann Abel ohne jeden Spott und in bitterem Ton, sagen Sie das nicht, denn ich verdiene es nicht. Ich glaube, Ihr Rechtsanwalt hat Ihnen bereits referiert: ich habe jedem Ihrer Wünsche entsprochen, verzeihen Sie auch weiterhin über mich. Und auch Ihren neuen Wünschen, derentwegen Sie mich zu sich gebeten haben, will ich mich ebenfalls völlig unterwerfen."

Lola rauchte sich eine Zigarette an. Sie nahm Abels Worte entgegen, als wäre deren Inhalt und Wert so belanglos, daß sie nicht einmal eine Antwort verdienen. Sie blies lässig den Zigarettenrauch aus und sagte trocken:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0006

des Bahnhofs Areal zu erstehen zur Errichtung einer größeren Fabrikanlage.

Gräfenhainichen. Festgenommener Schwindler. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, einen jungen Mann als Schwindler zu entlarven und festzunehmen. Der junge Mann stellte sich in mehreren hiesigen Geschäften als Neffe des Betriebsdirektors des Kraftwerkes Zschornewitz vor. Er gab an, daß er beauftragt sei, Waren für das Kraftwerk zu kaufen. Zur Kaufsumme fehlten ihm jedesmal 10 Mk., die er sich gegen Hinterlegung seiner Armbanduhr borgen wollte. In einem Falle glückte ihm der Trick. Als der Schwindler merkte, daß die Polizei auf ihn aufmerksam gemacht war, entfloh er durch das Ziemersche Grundstück nach den Kleingärten im Hain. Hier wurde er festgenommen. Der junge Gauner ist der Gärtner Ernst Schmidt aus Hohenthurm. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm noch vier Armbanduhren, die er in Leipzig gekauft haben will. Wieweit die Angaben der Wahrheit entsprechen, wird die Untersuchung ergeben.

Torgau. Der Haushaltsplan der Stadt Torgau für 1924/25 liegt vor. Er ist nach Rentenmark aufgestellt und schließt mit 943 000 Mk.

Torgau. Zeichen der Zeit! Der Bund, angeblicher Frontsoldaten, genannt Stahlhelm, hat hier eine sonderbare Wandlung durchgemacht. Wer kennt nicht Zanders Parolen: Nieder mit dem Marxismus, frei vom jüdischen Geist usw. Und was erleben wir? Der arische Oberstleutnant nimmt Juden in seinen Stahlhelm auf! Herr Zahnarzt Behmack, dessen Aufnahme mehrmals verweigert wurde, ist jetzt Mitglied. Ob dienstfähig oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis. Herr B. war im Kriege Reserveoffizier und hat schwere Verwundungen erlitten. Nach unserem Dafürhalten hatte er es wirklich nicht nötig, sich in ein so zweifelhaftes Gebilde hineindrängeln, wie es hier der Stahlhelm ist. Wir bedauern ihn aufrichtig, denn eins steht fest: Wenn der Stahlhelm nicht so unter Massenaustritten zu leiden hätte, wie es jetzt der Fall ist, dann wäre B. nie hineingekommen. Sämtliche Offiziere sollen ausgeschieden sein, sogar Asche will abrücken. Front Heil!

Mühlberg. Die Kinderspeisung während der Osterferien fällt aus. Die Kinder erhalten letztmalig am Tage des Ferienbeginns ihr Mittagessen in der Notstandsküche. Die Speisung für die Erwachsenen wird ebenfalls vorübergehend ausgesetzt, und zwar von Donnerstag, den 17. April, an bis einschließlich 27. April. Vom 28. April an wird für Kinder und Erwachsene in dem bisherigen Umfange gekocht werden.

Grünewalde. Errichtung einer Mütterberatungs- und Tuberkulosefürsorgestelle. Der Wohlfahrtsausschuß der Gemeinde, dessen Arbeit von in dem Ausschuß tätigen Gemeinderatsmitgliedern in der letzten Gemeindevertretersitzung lobend gedacht wurde, hat sich in verschiedenen Tagungen mit der Errichtung einer Mütterberatungs- und Tuberkulosefürsorgestelle in der Gemeinde befaßt. Nachdem nun die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, die für die Unterhaltung der Stelle aufkommenden Kosten zur Hälfte auf die Gemeindekasse zu übernehmen (die andere Hälfte trägt der Kreis), stehen der baldigen Eröffnung der Beratungs- und Fürsorgestelle Hindernisse kaum noch entgegen. Den die Beratung und Fürsorge in Anspruch nehmenden Gemeindemitgliedern kann nunmehr besser gedient werden. Ein weiterer Fortschritt in der allgemeinen Fürsorge ist erreicht.

Grünewalde. Ankauf von Eigenheimen. Eine Versammlung der Bewohner der hiesigen Siedlung „Glück auf", die am Sonntag, dem 6. April, im Gasthof Zur Walke" tagte, befaßte sich mit dem Ankauf der Wohnungen bezw. Gebäude durch die Siedlungsbewohner. Da die Ankaufsbedingungen günstig erscheinen, erklärten sich mehr als 40 Inhaber von Wohnungen zum Kaufabschluß bereit. Es wäre allerdings vorteilhaft, wenn sämtliche Wohnungen bezw. Gebäude gekauft würden. Genosse Voigt ist mit der Weiterleitung der Geschäfte beauftragt. In einer späteren Versammlung wird von einem Fachmann auch in juristischer Hinsicht Aufschluß gegeben werden.

Bilder aus dem Wahlkampf.

Schafstädt. In einer gutbesuchten Wählerversammlung sprach am Dienstag, dem 8. April, Genosse Schulz (Halle) über das Thema: „Können die Deutschvölkischen Führer sein?" Der Redner verwies auf die Konsequenzen, die sich aus einer Erstarkung der „Völkischen", der Lieblingskinder Poincarés, ergäbe. Seine Ausführungen fanden Aufmerksamkeit und Beifall; auch von den anwesenden Stahlhelmleuten meldete sich keiner zum Wort. Für diese sprang der Kommunist Scheferdecker in die Bresche, um die zum Erbrechen bekannten Ausführungen gegen die VSPD. zu machen, er erzielte damit aber nicht den geringsten Eindruck. Der nachfolgende Redner, Genosse Vetter, und insbesondere der Referent im Schlußwort, fanden allgemeine Zustimmung in ihren Ausführungen gegen den kommunistischen Diskussionsredner. Dieser und einer seiner Anhänger versuchten vergeblich, unsere Redner mit üblen Zwischenrufen zu übertönen. Der Kommunistischen Partei ward an diesem Abend ein schlechter Dienst erwiesen.

Barnstädt. In gutbesuchter öffentlicher Versammlung sprach hier am Sonnabend Genosse Wensched (Merseburg) über das Thema „Die Sozialdemokratie im Kampfe für das Proletariat". In gut angelegter, anderthalbstündiger Rede verstand es der Referent, die Entwicklungsgeschichte des heutigen Elends den Anwesenden aufzuzeigen. Die VSPD. sei als Partei konsequent den Weg ihrer marxistischen Theorie gegangen, der auch zum Ziele, der Befreiung des Proletariats, führen werde. Daran ändere auch die Klüsserei der spießbürgerlich eingestellten Kommunisten nichts. Diesem Befreiungsweg freie Bahn zu schaffen, sei die Aufgabe des arbeitenden Volkes am 4. Mai. Deshalb müsse es heißen: Alle Stimmen am Wahltage der Liste der VSPD. Starker Beifall am Schluß der Ausführungen zeigte, daß der Redner den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte, was auch von einigen Arbeitern in der Diskussion zum Ausdruck gebracht wurde. Die Versammlung war ein guter Erfolg unserer Partei.

Lüssten, Döbrichau, Jüllsdorf. In diesen drei Orten sprach am Sonnabend und Sonntag Genosse Albert Müller (Halle) über das Thema „Wen wählen wir am 4. Mai?". Sein Vortrag wurde fast überall mit Befriedigung aufgenommen. Nur eine Radfahrerkolonne des „Stahlhelm", die in jeder dieser drei genannten Versammlungen auftauchte und unter der Führung eines Herrn Asche stand, versuchte verschiedentlich, schon während des Vortrags Störungen hervorzurufen, was ihr jedoch im wesentlichen nicht gelang. Herr Asche nahm dann in der Diskussion das Wort, um nach der Methode des früheren Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seinen Schmutzkübel über unsere Partei auszugießen. In den ersten beiden Versammlungen konnte er damit keinen Boden gewinnen. Der Versuch, darüber veranlaßte ihn, in Jüllsdorf schon vorher den Boden zu bereiten, was ihm dank der Freigebigkeit eines reichen Landwirts, ehemaligen Majors, nur zu gut gelang. Hier versuchte Asche sowohl, wie auch ein deutschnationaler Arbeiter, Becker, der vor nicht langer Zeit noch Kommunist war, Stimmung für die Liste der Deutschnationalen Volkspartei zu machen. Damit hat Herr Asche den Beweis erbracht, daß das Gerede des „Stahlhelm", er sei parteipolitisch neutral, wieder einmal mit den Tatsachen im Widerspruch steht. Unseren Genossen, die in der Diskussion sprachen, gelang es noch, den beiden Nationalisten einige Wahrheiten zu sagen. Das Schlußwort des Genossen Müller wurde dann aber durch den Lärm des Stoßtrupps der Hakenkreuzler verhindert.

Sitzenroda. In einer öffentlichen Versammlung referierte Genosse Saupe (Torgau). Ihm traten in der Aussprache zwei Hakenkreuzler entgegen. Der eine, der sich als wissenschaftlich gebildet bezeichnete, konnte, weil er sich Mühe gab, objektiv zu sein, das vom Genossen Saupe gegen die Dolchstoßlegende Vorgebrachte nur bestätigen. Der andere Jünger Hitlers machte nach kommunistischer Methode für alles Geschehende die Sozialdemokratie verantwortlich, um dann, als er zeigen sollte, wie es anders gemacht werden soll, in nichtssagende Phrasen zu verfallen. Dabei besaß dieser Herr noch die Frechheit, den anwesenden Arbeitern zu erklären, nur die rechtsgerichteten Parteien hätten der Arbeiterschaft geholfen. Es war den Genossen Franke (Torgau) und Saupe im Schlußwort nicht schwer, diesem Herrn die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen und die Arbeiterfreundlichkeit der Rechtsparteien ins rechte Licht zu stellen.

Schlieben. Einen vollen Erfolg bedeutet die Versammlung, die Genossin Kunert in Schilda abgehalten hat. Hier beherrscht unsere Partei unbestritten das Feld. Die Genossin Kunert hatte sich hier nur mit den Deutschvölkischen auseinanderzusetzen. Lebhaft unterstützt wurde sie vom Genossen Giedo und der allgemeinen Zustimmung der Versammlung. Die Deutschvölkischen wurden aufs Haupt geschlagen. Der sichtbare Erfolg dieser Versammlung waren mehrere neue „Volksblatt"-Leser und Parteimitglieder.

Mockrehna. Auch hier gelang es der Genossin Kunert, sich den zahlreich anwesenden Deutschvölkischen gegenüber bis zum Schluß Gehör zu verschaffen. Die Versammlung war gut besucht.

Lebusa. Hier fand am Montagabend eine gutbesuchte Wählerversammlung statt, in der sich alle Landarbeiter sowie die sonstigen Arbeiter und Kleinbauern des Ortes eingefunden hatten. Genosse Dietrich (Falkenberg) hielt ein zweistündiges Referat. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach ein Kommunist. Ihm erwiderte Genosse Liebmann, der selbst als Kreistagsabgeordneter im Vorjahr den Kommunisten den Rücken gekehrt hatte. Zum Schlußwort rechnete Genosse Dietrich mit den Kommunisten ab und fand die Zustimmung der ganzen Versammlung.

Hohenbucka. Die erste Wählerversammlung in diesem Jahre wurde in unserem Orte von der VSPD. abgehalten. Das Versammlungslokal war überfüllt. Der Referent des Abends war Genosse Dietrich (Falkenberg). Er sprach in ausführlicher Weise über die Haltung der Sozialdemokratie während des Krieges und nach der Revolution, rechnete mit den Deutschnationalen und Deutschvölkischen gründlich ab, zeigte klar und deutlich die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei und legte die Gründe der Auflösung des Reichstags dar. Seine Ausführungen wurden von den zahlreich Versammelten mit großem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion meldete sich ein angeblich Parteiloser aus Schlieben, aber nur, um unsere Partei anzugreifen, und zwar mit Mätchen, die zeigten, daß er ein politisches Kind ist. Genosse Dietrich rechnete gründlich mit diesem angeblich Parteilosen ab, der, in die Enge getrieben, zugeben mußte, daß er deutschvölkisch war. Auch die vielen anwesenden Arbeiter unterstützten den Genossen Dietrich durch Beifallskundgebungen in der Abrechnung mit dem Völkischen.

Wer im Wahlkampfe

seine Parteipflichten versäumt, schädigt sich selbst und die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Wer

keine Extrabeiträge zahlt,

darf sich nicht wundern, wenn die mündliche und schriftliche Wahlagitation nicht großzügig betrieben wird. Wer keine finanziellen Opfer bringt,

verhindert den Sieg der Partei.

Vereinigte Sozialdemokrat. Partei, Bezirksverband Halle.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 875 75.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 10. April 1924.

Unterbezirk Mansfeld.

Die Abrechnungsformulare sind versandt; die Ortsvereine werden ersucht, die Abrechnungen bis 8. April an den Unterzeichneten einzureichen. Alle Beträge sind wie bisher auf Konto 588 an die Kreissparkasse einzusenden.

Der Unterbezirkskassierer.
H. Besser, Eisleben, Rammtorstraße 26.

Mansfeld. Das Betreten der Fichtenschonungen am Heringsberg und in der Schfange wird Unbefugten verboten. Für Spaziergänger wird der durchgehende Fußweg am Heringsberg freigegeben.

Hettstedt. Die Reichstagswahllisten liegen nur noch bis einschließlich Sonntag, den 13. April, zu jedermanns Einsicht aus.

Arnstedt. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Christange (Eisleben) über die Reichstags- und Kommunalwahlen sprach. In der Aussprache wurde lebhaft über die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben geklagt. Selbst Betriebsräte seien unorganisiert. Nachdem Genosse Frenzel kasse Beispiele aus der Handhabung des Reichsknappschaftsgesetzes bekanntgegeben hatte, wurde die Aufstellung einer eigenen Liste beschlossen, die Versammlung dazu findet in Kürze statt.

Aus der Jugendbewegung.

Aprilprogramme der Sozialist. Arbeiter-Jugend.

Bennstedt: 11. April Spiel- und Liederabend. — 17. April Vorbesprechung zur Osterfahrt. 20. und 21. April Osterfahrt. — 25. April Lesezabend. — 27. April Treff-Fahrt in die Heide.

Delitzsch: 13. April Fahrt-Treffen, wo? — 18. April Nestabend. 19., 20. u. 21. April Drei-Tagefahrt nach dem Kuffhäuser. (Treffen: Berliner Bahnhof ½5 Uhr). — 27. April Wanderung mit den Kindern. Treffen? — 29. April Aussprache über die Osterfahrt. — 1. Mai Maifeier.

Eilenburg: 13. April, nachmittags, Spiele im Freien. Leiter: Genosse Nötze. Abends 8 Uhr ernste Vorlesungen. Leiter: Genosse Junge. — 16. April, abends 8 Uhr. Liederabend. Leiter: Genosse Lehmann. — 18. bis 21. April Osterfahrten. — 28. April Monatsversammlung. — 27. April Feier für die Schulentlassenen im Jugendheim. — 30. April Vortrag: Warum feiern wir den 1. Mai. — Jeden Sonnabend ½8 Uhr in der Berufsschule Sprech-Chorprobe zur Maifeier — Die Vortragsabende werden als Bildungsabende der Fortgeschrittenen ausgebaut. — Die Freitagsabende sind allgemeine Arbeits- und Leseabende. — Die Regelung dieser Abende erfolgt in diesem selbst.

Genossen und Genossinnen! Vergeßt die Osterwerbung nicht. Tue jeder seine Pflicht getreu unserem Schlußspruch: Mit uns zieht die neue Zeit! Den Ortsgruppen hierdurch zur Kenntnis, daß zur Reichskonferenz durch Urwahl der Gen. Werner Stengel (Zeitz) gewählt worden ist. **Der Bezirksvorstand.**

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter Sportkartell. Die für Freitag, den 11. April, angesetzte Kartellsitzung findet erst am Dienstag, dem 15. April, statt. Die Delegierten und auch die Vereinsvorstände werden ersucht, vollzählig zu erscheinen, da sehr wichtige Tagesordnung. Vor allem ist das Erscheinen der Fußballvereine erforderlich. Anfang 8 Uhr.
Der Vorstand. J. A.: Eurich, Schriftführer.

Moschlin. Erstklassiges und billigstes Schuh-Putzmittel übäll das Leder spiegelblank und elastisch. Man verlange „Moschlin" in einschlägigen Geschäften. Konsumläden oder zum Fabrikpreis direkt von **Karl Mosch jun., Schwitersdorf, Bez. Halle.** Großfabrikation des bekannten „Moschlin"-Schuhputz. 114

Die Mägdeburg.

Wahlskizze von **Max Dortu.**

Im Jahre 900 nach Christi Geburt.
Monat März. Das Blut der Erde quillt hinauf in die Bäume.
Die Sonne wird lebhaft, ihre Augen funkeln wieder.
Und der helle Wind springt über Stock und Stein.

Der Fluß. Der Märzenfluß. Hoch geht seine Flut, die grünzarte. Der Fluß ist die Elbe.

Und hart am Fluß eine mächtige Burg. Ein Steenen. Ein Herrenstein. Ein Raubstein.

In der Burg sitzen die Herzöge. Die Räuber. Die Vergewaltiger des Volkes.

Auch das Herrenblut fühlt seinen Lenz.

Eine Treibjagd. Eine Treibjagd von der Burg her hin über das weite fruchtbare Land.

Eine Treibjagd hin durch die Dörfer.

Eine Treibjagd auf Menschen. Eine Treibjagd auf Mädchen. Eine Treibjagd auf Mägde.

Was weiblich, jung und schön ist, das muß mit hinauf auf die Burg. Den Herren zur Lust. Den Bauern zu Trutz.

Da hilft kein Zetern und Barmen. Der Herr will, das Mägdlein muß gehorchen. Dunkel ist es im Turm.

Das alles war im Jahre 900.

Dreihundert schönste junge Volkstöchter schleppten die Herren hinauf auf die Burg. Und im Sprachereinnern des Volkes lebt jener Gewaltakt bis heute: Habt Ihr es nie gehört? Die Mägdeburg, Mägdeburg, Mägdeburg?

Und habt Ihr nie darüber nachgedacht, wer die Freimädchen von heute in Euren Städten sind? Die Freudenmädchen, die Kummermädchen, die Sklavinnen der herrischen Brutalität? Volkstöchter sind sie. Vergewaltigt vom Geld. Die Herren unserer Zeit sind die Geldsäcke.

Nichts hat sich geändert; die Form des Mädchenhandels ward gemildert, aber das Prinzip ist geblieben.

Soll es für alle Ewigkeit so bleiben? Wollt Ihr das? Volk, antworte Du.

Und ich höre es rauschen. Wie Märzensturm rauscht es vom Volksherzen her an mein eigenes rotes Herz.

Nein! Nein! Nein! Fluch den Herren. Freiheit dem Volke. Freiheit den Mädchen.

Nicht Getrenntschaft in Klassen. — Aber Gemeinschaft aller Arbeitenden.

Nun gut, sollen unsere Töchter frei sein — nun gut, wollen wir eine wirkliche Volksgemeinschaft werden — dann aber auch:

Männer! Frauen! wählt rot.
Es lebe der Sozialismus!

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, findet die letzte Wiederholung von Strauss' „Der letzte Walzer" statt. Freitag 7½ Uhr „Der Vetter aus Dingsda". Sonnabend „Der Waffenschmied". In dieser Vorstellung singt Frl. Ruth Schneider vom Stadttheater in Kiel die Marie a. G. a. E. Sonntag abend 7½ Uhr „Der Vetter aus Dingsda". Am Montagabend 7½ Uhr findet eine Wiederholung von Hebbels „Nibelungen" als Schülervorstellung zu halben Preisen statt. Die erste „Parsifal"-Aufführung am Karfreitag findet bei ausgehobenem Abonnement und zu erhöhten Preisen statt. Den Stammkarteninhabern für Freitag bleibt ein Vorkaufsrecht von Freitag morgen bis Sonntag mittag 12 Uhr. Am Montag, dem 14. April, beginnt der öffentliche Verkauf. — Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Oskar Braun; die Regie führt Aug. W. Roesler.

Vortragsabend Dr. Wittsacks. Im ungeheizten Thaliasaal vor einem recht schwachen Zuhörerkreis der Freien Volksbühne las der Universitätslektor Dr. Wittsack Geschichten von Gespenstern, Menschen und Tieren. Der künstlerische Genuß des Abends war ein hoher. Dr. Wittsack besitzt ein tragfähiges Organ, dessen Modulationsfähigkeiten den mannigfachen Anforderungen des Programms — E. T. A. Hoffmann, Wilhelm Schäfer, Poe, Keller und Andersen — vollauf gerecht wurden. Er verstärkt die stimmlichen Wirkungen durch ausdrucksvolles Mienenspiel und hält seine Hörer ständig im Bann. Man dankte namentlich nach den Gespenstergeschichten mit starkem Beifall. W. B.

Frank Thieß: „Das Gesicht des Jahrhunderts."

Briefe an Zeitgenossen. Verlag J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart.

Das 272 Seiten starke Buch beschäftigt sich mit der Zivilisation und Kultur unseres Jahrhunderts. Angesteckt vom Spenglerschen Geiste spürt der Verfasser den Verfallserscheinungen unserer Epoche nach. Als eine der Hauptbegleiterscheinungen des Verfalls betrachtet er den modernen Journalismus. In diesem Zusammenhang schreibt Frank Thieß in einem Offenen Brief an Theodor Wolff: „Ueberall dasselbe: der äußere Mensch siegt auf der ganzen Linie. Rasender Verfall alles Seelischen. Individuellen. Verinnerlichten. Aber der Journalismus ist die glänzendste, größte und bedeutendste Erscheinung unserer Zeit, so typisch für eine tote Kultur, wie die katholische Kirche typisch für unsere lebendige Kultur war. Beides Zwingburgen des Geistes, aber doch grundverschiedene Ausblicke bietend. Ja, der Journalismus ist unsere Kirche, die ihre Einwirkung auf die Lebensführung der breiten Massen an den Zeitungsmann abtrat, als die Kultur Deutschlands zerbröckelte."

Das Buch enthält außerdem noch Offene Briefe an Gerhart Hauptmann, Gustav Wyneken, Gustav Roethe und andere prominente Vertreter irgendeiner Kulturerscheinung. Roethe bekommt als Repräsentant einer leblosen wissenschaftlichen Spezialitätsscitelkeit, die sich nicht „in schöpferische Forschung zurückfinden" kann, die wohlverdiente Nietzsche-Marke umgehängt: „Wie wolltest Du neu werden, wenn Du nicht erst Asche gewonnen hätt?" Roethe erhält übrigens als hornierter Spezialwissenschaftler noch folgende Liebenswürdigkeit über seine Haltung im Kriege: „Verrannt in den Zwanzigkilometerturmel Ihrer germanischen Spezialwissenschaft, hatten Sie alle Beziehungen zum Leben, zur Politik, zu den wirklichen Ereignissen verloren. Falsches Prognosen als aus Ihrem Munde habe ich nie mit größerer Sicherheit vortragen hören."

Im übrigen ist das Buch im Geiste Spenglers, vom Untergang des Abendlandes geschrieben. Dem Aufgang der russisch-asiatischen Kultur wird mehrmals eine siebevolle Prognose gestellt. Ein ebenso interessanter wie anregender Lesestoff. Sch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0007

Freitag Sonnabend 2 Ausnahme-Tage

Ullstein-Schnittmuster im Erdgeschoß gegenüber der Kurzwaren-Abteilung

95-Pfg.-Schlager

Wäsche und Schürzen

Damen-Hemden	mod. Trägerform mit Hohlsaum	1,95
Damen-Prinzeßröcke	mod. Jumperform reich garn.	4,95
Garnituren	(Hemd u. Beinkleid) reich m. Hohlsaum garn.	3,70
Blusen-Schürzen	aus gestr. Stoffen m. bunt. Bes. Stck.	1,75

Herren-Artikel

Strickbinder	Stck. 55	45
Schleifenbinder	in vielen modernen Streif. Stck. 1.25 95	28
Selbstbinder	schön. Farbenfortim. Stck. 2,65 2,25	1,45
Oberhemden	mod. Dessins Stck.	5,75

Baumwollwaren

Wischtuch	gute Qualität . . Stck.	39
Perkal	schöne Streifen, für Oberhemden u. Hemdblusen Mtr.	88
Köper-Inlett	echtfarbig Deckbettbr. Mtr. 2,50 Kissenbr. m	1,50
Bettbezug	rot gedämt, mit zwei Kopfkissen, geschnitten .	8,50

In der Seifen-Abteilung

Seifenpulver- mit Seifenschnitzel . . . . 1 Pfd. Paket		26
Kernseife	Doppelstück	22
Feinste Badeseife	Stück	45

Gardinen

Etamine-Garnituren	3teil. m. breit. Einsatz. Stck.	8,75
Etamine-Halbstores	m. breit. Einsatz. Stck.	4,50
Abgepaßte Rollos	weiß . . . Stck.	2,95
Plüsch-Teppiche	ca. 170×240 sch. Dessins . Stck.	5,95
		59,50

Spitzen u. Weißwaren

Weißer Voil-Volant	110 cm breit, m 5,50	4,50
Voil-Volant	für Kinderkleider, reizende Muster . . . Mtr. 4,50	2,90
Weißer Tüll-Volant	große Auswahl Mtr. 4.—	3,50
Moderner Berthen-Kragen	in Stickerei Stck. 1,50	1,25
Moderner Berthen-Kragen	m. Br. Spitzenauf. Stck.	2,75

Kurzwaren

Strumpfbänder	mit Schleifen garniert . . . Paar	42
Sternzwirn	Leinen . . . . Stck.	3
Sicherheits-Nadeln	sortiert . Mappe	5
Haarnadeln	. . . . . 2 Pack	5

Beuchstasche	imit. Leder, verschied. Farben . . Stück	95
Geldscheintasche	braun. Leder .	95
Bilder in großer Auswahl	Stück	95
Weiße Trikot-Unterjaille	. Stück	95
Mitteldecke	grau. vorgezeichnet .	95
4 Stück Taschentücher	vorgezeichnet	95
Teewärmer	auf Nipsstoff, vorgezeichnet	95
Klammerschürze	vorgezeichnet Stck.	95
1 Leitungsschoner / 1 Topflappentasche	vorgez. / zus.	95
Damenstrümpfe	mit Doppelsohle, Hochferse . Paar	95
Kinderstrümpfe	schwarz und braun 2 Paar	95
Jacken- u. Blusen-Fichus	mit Hohlf. und Spitze	95
Buhenkragen	. . . . . Stück	95
Ledergürtel	braun und schwarz .	95
Hemdenstickerei	. . . . . 4 m	95
Unterrock-Volant	. . . . . 1 m	95
Schillerkragen	Nipspique Stück	95
Herren-Taschentücher	Mako, weißm. b. Kant. 2 Stck.	95
Gummihosenträger	mit Lederstrippe Paar	95
Selbstbinder	breite Form Stück	95
Sportkragen	. . . . 3 Stück	95
Hauskleiderstoffe	. . . . . m	95

Nussbaum

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles

Vereins-Kalender

der VSPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Hallo

Rechtsschutzsektion. Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, im Verlagskontor: Wichtige Sitzung.

Freier Sängerchor Halle. Zu Gunsten der Wahlversammlung im „Wintergarten" am Freitag, 11. April, in welcher der preußische Ministerpräsident Genosse Braun spricht, fällt unsere Uebungsstunde aus. Die Sänger werden ersucht, restlos in diese Versammlung zu gehen. — Nächste Uebungsstunde am Sonntag, dem 13. April, abends 6 bis 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden". Nach der Probe Familienabend daselbst. Alle Sangesbrüder werden gebeten, im Interesse des Vereins und unserer nächsten Veranstaltungen halber, pünktlich die Probe zu besuchen. Der Vorstand.

Verband der Maler. Freitag, 11. April, abends 7½ Uhr, in der Neumarkt-Bierhalle, Breiteste 3: Außerordentl. Mitgliederversammlung. Lohnbewegungsangelegenheiten.

SAJ. Gruppe Süd. Heute abend 7½ Uhr: Volkstanz. Musik. Probe zum Elternabend beim Genossen Retzer. Sämtliche Genossen müssen mit Musikinstrumenten erscheinen. Freitag treffen sich Mitglieder 6 Uhr im Schrebergartenlokal, Paul-Riebedisitt, Weslener Straße. Sämtliche Anweisungen gehen von der Leitung aus.

Merseburg. Donnerstag, den 10. April, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht. Vorstandswahlen. Ausführliche über die Reichstagswahl. Zu dieser wichtigen Versammlung muß jedes Mitglied erscheinen.

Paupitzsch. Donnerstag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Sangerhausen. Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Herrenkrug": Oeffentliche Wählerversammlung. Redner: Landtagsabgeordneter Genosse Deutscher (Halle).

Greppin. Freitag, abends 8 Uhr, im Hofmann: Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Volksgesundung oder Volksmord. Referent: Genosse Schutz (Halle).

Wittenberg. Freitag, den 11. April, abds. 7½ Uhr bei Freudenberg: Kartelsitzung. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung müssen alle Delegierten erscheinen. Alle Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen.

Piesteritz. Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, in der „Doppelschänke": Oeffentliche Versammlung. Referent: Landtagsabg. Genosse Ewert (Berlin).

Paschwitz. Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentl. Versammlung.

Grünewalde. Freitag, 11. April, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Walke: Oeffentliche Volksversammlung. Reichstagsabgeordnete Frau Marie Wuchnitz spricht. Alle Männer, alle Frauen, alle erwachsenen Töchter, alle Wähler müssen erscheinen.

Radefeld. Freitag, den 11. April, abends ½8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung des J. G. Es ist Pflicht aller Alters-, Unfalls- und Kleinrentner sowie Kriegsopfer in dieser Versammlung zu erscheinen.

Lauchstedt. Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig": Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Landrat Gustav (Merseburg).

Beuchlitz-Schlettau. Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Brömme in Schlettau: Oeffentl. Wählerversammlung. Referent: Genossin Reichstagsabgeord. Frau Wuchnitz (Weißenfels).

Reinsdorf-Göhrendorf. Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, im Gasthof in Göhrendorf: Oeffentl. Wählerversammlung. Referent: Genosse Herwig (Merseburg).

Ermlitz. Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr: Oeffentl. Wählerversammlung. Referent: Genosse Hans Hennig (Merseburg).

Crumpa-Geiselröhlitz. Die öffentliche Versammlung mit dem Genossen Quinmann findet heute Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Blauschmidt in Geiselröhlitz, und nicht in Crumpa statt.

Mühlberg. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Raisser: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Faschismus oder Sozialismus. Referent: Genosse Schutz (Halle).

Bockwitz. Sonntag, den 13. April, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Bolhau: Oeffentliche Versammlung. Referent: Redakteur F. O. H. Schulz (Halle).

Nietleben. Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, bei Markgraf: Mitgliederversammlung. Referent ist zur Stelle. Erscheinen aller Genossen mit Frauen ist Pflicht.

Mansfelder Lande.

Oeffentliche Wählerversammlungen

Sonnabend, den 12. April:

Siebleben beim Wirt Krauseis.
Cuxrieglsk in Grimms Lokal.
Braunschwende. Abends 8 Uhr im bekannten Lokal.

Sonntag, den 13. April:

Königsrode. Nachmittag 3 Uhr.
Tanterode. Abends 8 Uhr bei Gille.

Irrigateure Spül-Apparate

Watte, Bett-Unterlagen
Windelhöschen, Gummischläuche
Sämtl. Bedarfsartikel für Wöchnerinnen
in grosser Auswahl billigst!
Ferner
Baby-Wagen
zum Wiegen, auch leihweise
Hugo Nehab
Nachf.
3 Gr. Ulrichstrasse 3
Marktnähe
Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten!
6510

Leistungsfähigste Bezugsquelle
für 6515
Holz- und Metall-Bettstellen
Kinder-Bettstellen
Patent- u. Auflege-Matratzen
Bett-Chaiselongues
Sofas, Sessel, Chaiselongues
Billigste Preise! Größte Auswahl!
Zahlungs-Erleichterungen!
Bruno Paris
Leipziger Straße 12
Kindermöbel- und Matratzen-Bettstellen

Achtung!
Verkaufe diese Woche:

Ia Rindfleisch . .	Pfd.	0,80 Mk.
ohne Knochen z. Brat.	„	0,80 „
Gehacktes	„	0,70 „
Rouladen	„	0,90 „
Lende	„	1,00 „
Schweinefleisch (Schinkenst.)	„	1,00 „
Ia Rot-Leber-Schwartenw.	„	1,00 „

Hermann Böhlert
Glauchaer Straße 75.

Kernseife
Ia helle Ware liefert billig jed. Posten
Seifenfabrik Ebert
Halle-Trotha. Tel. 3602 u. 4237.

Max Rädler
Halle, Rannischestr. 2, nicht Alter Markt

Drogen	Farben	Lacke
Leimocker	Oelocker	Fussbodenlack
Kalkgrün	Fussboden-	Möbellack
Kalkblau	Oelker	Kutschenlack
Kalkgelb	Oelgrün	Firniss
Zement	Violett	Terpentin
Gips	Chromgelb	Siccatif
Rügener 3 Kr.	Bleiweiss	Emaillelack
Kreide	Oelweiss	weiss u. farbig

Malerutensilien

Fussboden-Lackfarbe (über Nacht trocknend). Siehelleim, Sichelkleister, flüssig u. in Pulver. Pinsel: Borsten- u. Ringpinsel, Faustpinsel, Deckenbürsten, Strichzieher für Leim u. Oel, Fisch- u. Marderpinsel. Schablonen, reichhaltiges Lager moderner Muster für Küchen- u. Zimmer-Friese, Borden und Wandmuster. Billigste Preise, beste Qualitäten! 6413

Wer Lust hat, das 6359
Automobilfahren
zu erlernen, verlange Prospekt von der
Automobil-Lehranstalt Hugo Meye
Halle a. d. S., Merseburger Straße 85a.

Sohlleder-Ausschnitt
Schuh-Bedarfsartikel
Schleifpapiere - Nagelholz
offeriert billigst
Paul Andersch, Lederhdlg.
Magdeburger Strasse 8. 6480

„Volksblatt"

Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof

Aufzeichnungen des Grafen Zedlitz-Trütschler, ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II.

Ein Charakterbild Wilhelms II., seines Hofes u. seiner Regierung.

Als Beitrag zur gerechten Beurteilung der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft der Oeffentlichkeit übergeben

Preis 6,50 Mk.

Buchhandlung

Rasierklingen gratis
sende ich, um eine neue für Selbstrasierer höchst wichtige Sache schnell bekannt zu machen, an jeden, der mir seine Adresse mitteilt. 1228
Frey's Spezialhaus, Berlin SW. 48
Friedrichstraße Nr. 1557.

Bekanntmachung

Es wird zu Bewerbungen um die Hausleiterstelle im Dr.-Voigt-Stift aufgefordert. Falls die Stelle nicht als Beamtenstelle besetzt werden sollte, sondern im Wege des Privatdienstvertrages, so ist die Angabe von Gehaltsansprüchen erforderlich. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind umgehend an uns einzureichen.

Magistrat Lützen.

Henko
zum Einweichen der Wäsche!
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.
Seit Jahrzehnten bewährt!

Sie erhalten ganz prima fettes, zartes
Rossfleisch und Fohlenfleisch

Gehacktes	Pfd. nur	40 Pf.
Herzen u. Nieren . . .	„ „	30 „
Knochenfleisch . . .	„ „	20 „
ganz vorzügl. Brüh- u. Mettwurst	„	60 „

Max Zaubitzer
Steinweg 52 6519

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Händler und Wiederverkäufer
kaufen bei mir billig 6325
Schuhcreme
Pilo
Kavalier
Perladin
Teufin
Lederfett
Erdal
sowie sämtliche Kurzwaren.
Paul Lange
Merseburger Straße 168 (Nähe Bahnhof)
6007 neben C.-T.-Lichtspielen.

Dr. Unblutig verunglückt!

Der allen Kukirol-Freunden bestens bekannte Dr. med. Unblutig verunglückte kürzlich bei einer Autofahrt und zog sich dabei einen Beinbruch zu.

Der Unfall entstand durch die bei Kindern sehr verbreitete Unsitte, beim Herannahen eines Autos den Weg zu versperren.

Um die Kinder nicht zu überfahren, mußte der Wagenführer plötzlich scharf ausweichen, wobei der Wagen in einen Graben sauste. Dr. Unblutig wurde aus dem Wagen geschleudert und erlitt dabei einen Beinbruch.

Nachdem er sich von dem ersten Schrecken erholt hatte, rief er freudestrahlend aus: „Das konnte noch schlimmer kommen."

Die Herren Lehrer sollten in den Schulen auf die großen Gefahren aufmerksam machen, in welche die Kinder durch ihren Leichtsinn nicht nur sich selbst, sondern auch die Autoinsassen bringen. Auch die Eltern sollten diese Unsitte der Kinder mehr bekämpfen.

Nach dieser kleinen, der Jugend gewidmeten Abschweifung weisen wir heute noch kurz darauf hin, daß die Preisverteilung durch den Autounfall des Dr. Unblutig keine Verzögerung erleidet. Am 1. Osterfeiertag werden die Preisträger glücklich in den Besitz der Gewinne gelangt sein. Das Ergebnis des Preisausschreibens (1. Preis: ein fettes Schwein) geben wir in Kürze bekannt.

Wir bitten, den beliebten, in der ganzen Welt verbreiteten Kukirol-Präparaten auch weiterhin das bisherige große Interesse zu bewahren und bei Einkauf nicht nur auf unsere Schutzmarke „Hahn mit Fuß" besonders scharf zu achten, sondern auch auf den Namen Kukirol.

Das Hühneraugen-Pflaster Kukirol beseitigt Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen, während Sanitätsrat Dr. med. Campe's Kukirol-Fußbad zur Pflege und Reinigung der Füße ein vorzügliches Mittel ist, das sich auch bei Fußschweiß, Wundlaufen, Brennen und Ermüden der Füße millionenfach bewährt hat.

Herr Dr. Unblutig läßt alle lieben Freunde und Bekannten durch uns recht herzlich grüßen, wir aber bitten Sie, unsere lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege" anzufordern, die manche wichtige Aufklärungen enthält und völlig kostenlos und portofrei versandt wird durch die

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0008

Rüstet zur Maifeier 1924!

Arbeiter und Angestellte!

Jahrzehntelang haben wir für die Erringung des Achtstundentags demonstriert, bis die November-Umwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentags, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal Nutznießer der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. In vielen Betrieben steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmerschaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab,

ob der Achtstundentag wiederhergestellt und gesichert

werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseitegelegt wird.

Von Euch, Ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, erwartet die Welt, daß Ihr den Achtstundentag nicht preisgebt, sondern für seine dauernde gesetzliche Anerkennung eintretet. Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit

für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die von der Inflation hinweggerissen ist. Ueberall wird abgebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Besitzenden, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reichs aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz eigener Beiträge der Arbeiter- und Angestelltenschaft eingeschränkt, die Lage der Kriegsbeschädigten und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trostloser. Die Vorarbeiten für ein einheitliches Arbeitsrecht sind zugleich eingestellt. Die deutsche Auswanderung hat einen riesenhaften Umfang erreicht, weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterlande nichts mehr gilt. Deshalb muß am 1. Mai die

Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung

und ihr weiterer Ausbau gefordert werden.

Aber auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik, ist bedroht. Die Verhandlungen über den Hitler-Ludendorff-Putsch haben gezeigt, daß die Feinde der Republik nicht nur offene, sondern noch mehr geheime Anhänger haben, die nur deshalb den Tag des Verfassungsumsturzes noch nicht für gekommen halten, weil die große Masse des Volkes treu zur Republik steht. Die Arbeiterschaft wird am 1. Mai ihr Gelöbnis zur

Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung

erneuern und diesen Tag zu einer Heerschau der republikanischen Kräfte gestalten.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden. Wir fordern Euch daher auf, an diesem Tage überall dort, wo es ohne ernste Schädigung der Arbeitnehmerschaft möglich ist,

die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Bundesvorstand.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Der Vorstand.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnkämpfe im Baugewerbe.

Aus dem Bezirksbureau des Deutschen Baugewerksbundes wird uns geschrieben:

Mit dem 1. April 1924 ist der Reichs- und auch der Bezirkstarif für die Provinz Sachsen-Anhalt abgelaufen. Die Unternehmer des Baugewerbes haben daraufhin durch Bauanschläge folgende Bekanntmachung, die allerdings in einzelnen Fällen einigen Abänderungen unterzogen ist, erlassen:

Mit dem 31. März 1924 laufen sowohl der Reichs- wie der Bezirkstarifvertrag für das Baugewerbe ab.

Die Bemühungen der Arbeitgeber, rechtzeitig eine Neuregelung zustande zu bringen, sind erfolglos verlaufen.

Mit dem 31. März 1924 endet mithin das bisherige Arbeitsverhältnis. Die auf Grund der abgelaufenen Tarifverträge abgeschlossenen Arbeitsverhältnisse werden hiermit zum Arbeitsschluß am 31. März 1924 gekündigt. Weiterbeschäftigung über diesen Tag hinaus haben nur die Arbeitnehmer zu erwarten, die als Grundlage des neuen Arbeitsverhältnisses mit Wirkung vom 1. April 1924 folgendes anerkennen:

1. Die Löhne und alle damit zusammenhängenden Fragen (Abrechnungen, Ortsklassenzuschläge, Kilometergelder, Auslösungen usw.) werden nach wie vor bezirklich für das ganze Land geregelt. Zunächst läuft die bisherige Lohnregelung weiter.

2. Die Arbeitszeit wird unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Verordnung vom 21. Dezember 1923 nach Anhörung der Baudelegierten für jeden einzelnen Betrieb festgesetzt.

Befinden sich Baustellen in industriellen Betrieben, deren Arbeiter eine längere Arbeitszeit leisten, so kann der Arbeitgeber nach Anhörung der Betriebsvertretung die Anpassung der Arbeitszeit der Bauarbeiter an die des industriellen Betriebes fordern.

3. Mit Arbeitsschluß am 31. März 1924 erlischt die Befugnis der seitherigen Betriebsvertretungen. Die neuen Belegschaften, die sich auf Grund der Bestimmungen in Ziffer 1 bis 6 zur Weiterarbeit bereit erklären, haben für eine Neuwahl auf Grund der Bestimmungen des § 7 des abgelaufenen Reichstarifvertrages Sorge zu tragen.

4. Die Behandlung von Streitigkeiten aus dem neuen Arbeitsverhältnis geschieht durch freie Schiedsinstanzen. Als solche betätigen sich in erster Instanz die seitherigen Schlichtungskommissionen und in zweiter Instanz die seitherigen Tarifämter.

5. Eine Kündigungsfrist besteht nicht. Das Arbeitsverhältnis kann wie bisher zum Schlusse eines jeden Arbeitstages gelöst werden.

6. Diese Regelung (Ziffer 1 bis 5) läuft so lange, bis sie durch eine anderweite bezirkliche Regelung ersetzt wird.

Arbeitnehmer, welche die vorstehenden Bedingungen nicht anerkennen, haben dies bis spätestens zum 31. März 1924, nachmittags 1 Uhr, dem Arbeitgeber bzw. seinem Vertreter auf der Baustelle zu erklären. Sie werden mit Arbeitsschluß am 31. März 1924 entlassen.

Wiederaufnahme der Arbeit ab 1. April 1924 gilt als Anerkennung vorstehender Arbeitsbedingung. Neueinstellungen ab 1. April 1924 erfolgen nur unter den vorstehenden Bedingungen.

Die Bauarbeiter sind nur in ganz wenigen Einzelfällen auf diese Provokation hineingefallen. Hohnlachend sind sie darüber hinweggegangen und haben da, wo die Arbeitsgelegenheit günstig ist, Lohnforderungen gestellt. In Burg, Genthin, Stendal und Tangermünde ist daher auch, nachdem die Unternehmer jede örtliche Verhandlung abgelehnt hatten, die Arbeit eingestellt worden. Die Unternehmer in diesen Orten lehnten mit der Begründung ab, daß am Freitag, dem 11. April, zentrale Verhandlungen in Magdeburg stattfinden würden. Diese Stellungnahme der Unternehmer wirft ein eigentümliches Licht auf den Schlichter, der tatsächlich für das Baugewerbe die Bildung einer Verhandlungskommission verlangt hat, wie aus nachstehendem Schreiben hervorgeht, das dem Deutschen Baugewerksbund zugestellt wurde:

Betreffend: Arbeitszeitregelung im Baugewerbe in Sachsen-Anhalt-Thüringen.

In obiger Streitsache habe ich Termin für die Tagung einer Verhandlungskommission festgesetzt auf Freitag, den 11. April, 11 Uhr vormittags, im Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Tränsberg 21/22.

Für die Verhandlungskommission schlage ich eine solche Zusammensetzung vor, daß auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite je vier Herren erscheinen, und zwar auf Arbeitnehmerseite vom Deutschen Baugewerksbund ein Vertreter für Provinz Sachsen-Anhalt und ein Vertreter für Thüringen, vom Zentralverband der Zimmerer ein Vertreter für Provinz Sachsen-Anhalt und ein Vertreter für Thüringen. Der Zentralverband der Zimmerer ist entsprechend benachrichtigt.

Wir wollen uns zunächst jeder weiteren Kritik enthalten, indem wir hier nur darauf hinweisen, daß wir es nicht verstehen können, worauf sich die Befugnisse des Schlichters stützen, die ja einzig und allein darauf hinausgehen, nur über die Arbeitszeitfrage zu verhandeln. Uns ist natürlich die Hilfeleistung des Schlichters willkommen, wir denken aber im Augenblick gar nicht daran, den Abschluß einer Gesamtvereinbarung anzustreben und werden diese unsere Stellungnahme auch bei den Verhandlungen darlegen.

Den Bauarbeitern sei aber auch hier noch einmal mit allem Nachdruck gesagt, daß sie, nachdem das bisherige Tarifverhältnis mit dem 1. April gefallen ist, nach jeder Richtung hin volle Handlungsfreiheit haben und daher nicht nur örtlich, sondern auch von Bau zu Bau in der Lage sind, sich über die zu zahlende Lohnhöhe mit ihrem Unternehmer zu verständigen.

Wer ist der rechtmäßige Baugewerksbund?

Zur Führung der Gesäfte der Gewerkschaft Halle vom Deutschen Baugewerksbund mit dem Sitz in Hamburg sind die Unterzeichneten vom Bundesvorstand durch Vollmacht beauftragt worden. Die Notiz in Nr. 33 des „Klassenkampf" vom 8. April ist daher irreführend. Da die Kollegen Steitz und Eckstein vom Bundesvorstand aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen sind, können sie auch keine Geschäfte führen. Nach uns gewordenen Mitteilungen sollen Steitz und Eckstein bereits den Vertrieb von Beitragsmarken in Höhe von 50 und 40 Pfennig in die Wege geleitet haben. Wir stellen fest, daß diese Markensorten von dem „rechtmäßigen" Baugewerksbund mit dem Sitz in Hamburg nicht bezogen sein können und daß die Baugewerkschaft Halle nur Marken in Höhe von 75 und 65 Pfennig herausgibt. Durch Herausgabe von anderen Markensorten beweisen Steitz und Eckstein klipp und klar, daß sich beide außerhalb des rechtmäßigen Baugewerksbundes stellen und einen neuen Laden aufmachen. Allen Mitgliedern, die die Bundessatzungen auch fernerhin für sich als verbindlich anerkennen, wird Gelegenheit gegeben werden, die Beiträge abzuführen. Sollten unsere Kassierer, die mit einem Ausweis versehen sind, die laufenden Beiträge nicht rechtzeitig abholen, so ersuchen wir unsere Kollegen, die Marken in der Wohnung des Kollegen Hübner, Weingärten 50, abzuholen. Alle Kassierer des rechtmäßigen Baugewerksbundes dürfen Geld- und Wertsachen nur an den Kollegen Hübner abführen.

Im Auftrage des Bundesvorstandes:
Th. Brauns, Gr. Gosenstr. 1. Hugo Hübner, Weingärten 50.

Die Situation im Buchdruckgewerbe.

Die Lage in Halle ist unverändert; zu den bewilligenden Firmen ist eine kleinere hinzugetreten, dagegen beruht unsere Meldung, daß auch die Firma Kersten bewilligt habe, auf einem Irrtum; dort arbeiten Streikbrecher.

Der Kampf zwischen beiden Parteien wird durch Erklärungen beiderseits flankiert. Zu dem von den Gehilfen herausgegebenen Plakat äußern sich jetzt wieder die Prinzipale. Nicht sie wollen den Kampf heraufbeschworen haben, sondern die Gehilfen, die nicht einmal formgerecht gekündigt hätten, um ihre „nicht gerade schüchternen Lohnforderungen" zu erzielen. Daß die Prinzipale dieses Verhalten der Gehilfen durch ihre rücksichtslose Ablehnung jeder Lohnaufbesserung erst provoziert haben, sagen sie natürlich nicht, genau so wenig wie sie der Oeffentlichkeit ihre gar nicht schüchternen Druckpreise erklären. Sie haben die Gelassenheit, von der Gefahr einer neuen Inflation durch Ueberschreitung der Friedenslöhne zu reden, verschweigen aber, daß die Druckpreise auch jetzt noch weit über 100 Prozent über die Friedenspreise gesetzt sind.

Die Worte von den „brutalen Angreifern", die in dem Pamphlet der Prinzipale mehrmals wiederkehren, klingen wunderbar, wenn man sich ins Gedächtnis zurückruft, daß vor einem Vierteljahr, als die Arbeit nicht so drängte und noch eine große Anzahl arbeitsloser Buchdrucker am Orte war, die Prinzipale sich nicht scheuten, die Aussperrungen anzudrohen für ihn Fall, daß die Gehilfen sich nicht mit einer Verlängerung der Arbeitszeit und einem Lohnabbau von 20 Prozent einverstanden erklären wollten. Ach ja, die Buchdruckprinzipale sind Engel, aber was Profit ist, wissen sie doch.

Das Personal der Groß-Berliner Verkehrsbetriebe — Straßenbahn, Hochbahn, Omnibus — hat einheitlich Lohnforderungen eingereicht, die eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10. 12 und 15 Pf. vorsehen. Die Verkehrsunternehmen haben bisher jede Erhöhung abgelehnt, so daß mit einer Stillegung des Berliner Verkehrs zu rechnen ist. Die Entscheidung wird am Freitagabend fallen.

Umgruppierung.

Vom Gewerkschaftskartell Halle wird uns heute mitgeteilt: Der Vorstand des Ortsausschusses beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit der Frage, ob es ratsam sei, daß der Kollege Grobow, nachdem er als Arbeitersekretär angestellt ist, zugleich erster Vorsitzender des Ortsausschusses ist. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß dem Empfinden der Arbeiterschaft mehr Rechnung getragen wird, wenn an Stelle des Kollegen Grobow ein anderes Vorstandsmitglied zum ersten Vorsitzenden bestimmt wird, weil über jeden Angestellten die weitgehendste Kontrollmöglichkeit bestehen muß. Es wurde zum ersten Vorsitzenden der Kollege Hans Höcker gewählt. Kollege Lauschk regte an, für ihn einen anderen Kassierer zu wählen, weil er durch seine Anstellung als Lagerhalter nicht mehr über die notwendige Zeit verfüge. Darauf wurde der Kollege Paul Richter als Kassierer gewählt.

Durch diese Umgruppierung dürfte hauptsächlich der Zweck verfolgt sein, die beiden Mitglieder des Ortsausschusses, die aus ihrer Organisation ausgeschlossen sind und deshalb auch kein Recht haben, im ADGB. eine Funktion auszuüben, einmal nach hinten zu stellen, damit sie nicht so gesehen werden. Damit ist diese Angelegenheit aber noch nicht erledigt.

Arbeitgeber oder Unternehmer?

Diese Fragestellung mag manchem als überflüssig erscheinen, der der die beiden Namen als Bezeichnung für ein und dieselbe Gesellschaftsschicht der kapitalistischen Wirtschaft betrachtet. Wer aber an Aeußerlichkeiten nicht haften bleibt und das ökonomische Verhältnis festzustellen versucht, wie es sich im Produktionsprozeß zwischen Unternehmer und Arbeiter ergibt, wird zu der Feststellung kommen müssen, daß beiden Namensbezeichnungen ökonomisch und sozial durchaus Wesensverschiedenes zugrunde legt. Es ist doch kein Zweifel, daß die kapitalistischen Unternehmer sich als Arbeitgeber bezeichnen. In ihrem Sprachgebrauch gibt es nur Arbeitgeberverbände. Sie vermeiden es tunlichst, sich Unternehmer zu nennen, obwohl sie gelegentlich von ihren Unternehmungen sprechen. Das Wort Arbeitgeber soll eine ebenfalls Wirkung auf die besitzlose Masse ausüben wie so manches andere Wort, als Begriffsbezeichnung in der bürgerlichen Gesellschaft. Schon im Worte soll die Ueberlegenheit der besitzenden Klasse und die Abhängigkeit der gegen Entgelt arbeitenden Volksschichten zum Ausdruck kommen. Die Unternehmer wollen der Arbeiterschaft gegenüber als Leute erscheinen, die den Arbeitern Arbeit geben, damit diese ihr Leben fristen können. Es ist ja bekannt, wie die Unternehmer bei jeder Gelegenheit den Eindruck zu erwecken versuchen, daß ihnen nur das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen liege und sie alle Anstrengungen machen, Produktionsaufträge zu erhalten, um den Arbeitern Lohn und Brot geben zu können. So wollen sich die Unternehmer in für ihre Arbeit bemühter Wohltätigkeit und Fürsorge sonnen. Die oft identifizieren sie ihre Interessen mit denen der Arbeiterschaft. Das jetzt wieder grassierende Wort von der „Volksgemeinschaft" liegt auf derselben Linie. Daß den kapitalistischen Unternehmern das Schicksal der Arbeiterschaft und ihre Lebensexistenz ziemlich gleichgültig ist, dafür legen sie ja durch ihre Handlungen täglich beredtes Zeugnis ab.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Nationalökonomie, die den Kapitalisten und ihren schreibgewandten Söldlingen die geistigen Waffen gegen die Arbeiterschaft liefert, hat der Marxismus festgestellt, daß nicht die Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß die Nehmenden sind, sondern die Unternehmer. Letztere kaufen wie jedes Produktionsmittel auch die Arbeitskraft des Arbeiters. Der Kapitalist nutzt diese in seinem Betriebe aus, schlägt kapitalistischen Profit daraus und nimmt dem Arbeiter sein Arbeitsprodukt, von dem dieser in Gestalt des Lohnes nur einen Teil zurückerhält. Der Arbeiter befindet sich also in einem Verhältnis zum Unternehmer, in dem er als der Gebende von Arbeitskraft und Arbeitsprodukt in Erscheinung tritt, also Arbeitgeber ist, während der Unternehmer als Arbeitnehmer erscheint. Von diesem ökonomischen Gesichtswinkel aus gesehen, wird der Unternehmer als Arbeitgeber seines Heiligenscheines entkleidet. Das ist aber dem kapitalistischen Unternehmertum nicht angenehm, das gerade in seiner von ihm gespielten Arbeitgeberrolle sich wohl fühlt und darin moralische und psychologische Werte schätzen gelernt hat, die seiner Absicht, als Zentralpunkt und menschenehrlicher Wirtschaftsfaktor zu erscheinen, sehr gelegen kommen. Denn wenn die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger erst einmal den tieferen ökonomischen Gehalt des Arbeitsverhältnisses und des kapitalistischen Produktionsverhältnisses erfaßt hat, verfangen alle Unternehmer-Tiraden von der Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft nicht mehr. Daher legen die Unternehmerverbände und ihre Presse die Hauptbetonung auf das Wort Arbeitgeber.

Die Gewerkschaften und die klassenbewußte Arbeiterschaft sollten die Worte Arbeitgeber- und Arbeitnehmer aus dem Sprachgebrauch überhaupt ausscheiden. Sie haben absolut keine Veranlassung, sich der irreführenden und falschen Terminologie der Unternehmer und ihrer Verbände zu bedienen. Nur dort, wo es sich um die Namensbezeichnung bestehender Unternehmerverbände handelt und es darauf ankommt, eine genaue Namensfestsetzung des betreffenden Unternehmerverbandes zu treffen, wird man das falsche Wort Arbeitgeber auch einmal gebrauchen müssen. Man sieht, daß auch im Wortschatz und der Begriffsbenennung Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse vorhanden sind, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervorzuheben die Aufgabe der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften sein sollte.

L. B.

Harter Kampf

um Erhaltung und Mehrung von Einfluß und Macht in Reich und Gemeinde steht der Arbeiterklasse bevor. Schon wähnen die Nutznießer — Hakenkreuz wie Sowjetstern — der Gewaltpolitik Poincarés und der Inflations- und Verelendungspolitiker, in Deutschland die Sozialdemokratie als geschlagen und erledigt. Ein

rasendes Trommelfeuer

von Verleumdungen, gepaart mit Bosheit und Niedertracht, soll in den kommenden Wochen der Wahlschlacht die Heerschar der sozialdemokratisch gesinnten Männer und Frauen vollends ins Wanken und nach ihren Plänen zur völligen Zerstäubung bringen. Wozu hätten auch die Herren

Geld wie Dreck

die einen von Stinnes und anderen Kapitalsgewaltigen — die andern Moskaus Goldmillionen? Solche hat die sozialdemokratische Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft nicht. Aber gemach, ihr Herrschaften, sie hat etwas anderes: sie hat eine Ueberzeugung, sie hat die Ueberzeugung — eure Handlungen bleuen sie ihr täglich neue ein, daß sie

euch niederkämpfen

muß, weil ihr sie beide — bewußt oder unbewußt — der weiteren Verelendung und Zersetzung entgegenführt. Euern Millionen setzt sie entgegen die ihr eigene und oft bewährte Arbeits-, Kampfes- und Opferwilligkeit, die sie durch Bienenfleiß in der Kleinarbeit und in Form von vielen

100000 erdarbten Groschen

zum lebendigen Ausdruck bringt. Nicht nur um das Schicksal der Partei kämpft sie, das wäre belanglos:

sie kämpft um ihre nackte Existenz,
sie kämpft um das Recht der Arbeit,
sie kämpft um den Achtstundentag,
sie kämpft um Brot und Freiheit,
sie kämpft für den Sozialismus!

Stärkt die Organisation! Werbt für die Zeitung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0009

Wer über hohe Preise klagt

kennt nicht unsere Billigkeit!

6594

Herrenstiefel 15,50 13,50 11,50

Damenhalbschuhe 10,50 9,75 7,95

Damenhalbschuhe braun 12,50 11,50 9,75

Turnschuhe mit Ledersohle 43/46 3,95 36/42 3,25 31/35 2,75 27/30 2,45

Turnschuhe mit Chromsohle 36/42 2,95 31/35 2,45 29/30 1,95

Schuhhaus Wiebach, nur Kleine Ulrichstraße 11-12

Kinderwagen Klappwagen Korbmöbel 6365
in größter Auswahl zu billigsten Preisen
Karl Lühr, Geiststr. 32.

„Volksblatt"

Unentbehrlich für die Reichstagswahl!

Die Wahl zum Reichstag

Führer für die Reichstagswahlen auf Grund des neuen Reichswahlgesetzes und der neuen Reichsstimmordnung herausgegeben von Dr. Georg Kaisenberg.

Preis 2,50 Mk.

Buchhandlung

Gummi-Absätze Lederlaschen Ledergürtel 6320
M. Winkler
Lerchenfeldstr. 22.

Auf Teilzahlung
zu Fabrikpreisen!
Arbeitshosen und Schlosseranzüge
Barabetrag 1m (Cakaben). 6350

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Licht-C.T.-Spiele

Am Riebeckplatz — Gr. Ulrichstr. 51

Ab heute Donnerstag:

Die Erfahrung hat uns gelehrt,
daß berühmte verfilmte Romane beim Publikum den **allergrößten** Anklang finden. Wir erinnern nur an die letzten großen Erfolge!
von „Zwei Menschen" und „Graf Cohn".

Heute bringen wir abermals ein Werk!
Die von Hunderttausenden gelesene Erzählung v. Paul Frank:

Colibri!

6 Kapitel von Franz Rauch. — Die Hauptrollen verkörpern:

Ossi Oswalda
der kleine Kobold mit dem Figürchen einer Porzellanpuppe und den zierlichen Füßchen, die wir in vielen Lustspielen lachen, zappeln und flirrten sahen.

Was sie heute spielt, ist eine Pygmalionfigur, ein kleines Fräulein Doolidie, das durch ganz wilde Abenteuer hindurchgehen muß.

Bruno Kastner
(der König der Frauen)
ein Kavalier modernster Prägung, ersetzt hier vollkommen ein Modejournal.

Neben diesen prominenten Gestalten stehen:

Viktor Janson — Die Type aus den dunklen Gassen der Großstadt
Hans Lipschütz — der bekannte kleine Beamte aus d. Mia-Pankau-Ensemble

Hinzu kommt noch die ausgezeichnete Fox-Groteske:

Die Löwenbraut!

Jugendliche haben Zutritt u. zahlen bis 5 Uhr nachm. **halbe Preise!**
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Ab heute, Donnerstag:

Unser neuer glanzvoller Doppel-Spielplan!

2 prachtvolle Filmwerke!

Felix Phillipis berühmtes Schauspiel:

Das Erbe

Ein ausgezeichnetes Filmwerk aus der Feder des bekannten Alt-Berliner Schilderers in sechs Riesen-Akten.

Luis Ralph in der Rolle des Intriganten Lorinses.

Dem Regisseur sind die Visionen des Autors wirksam zum Bewußtsein gekommen. Er vermochte die Spannkraft des Romans wesentlich zu erhöhen u. schuf Bilder von beglückender Frische

6528

Hierzu:

Mac Murray, die große amerikanische Tragödin
in dem fünfaktigen Liebes-Drama:

Das ABC der Liebe!

Ein ganz prächtiges Werk, das im Mittelpunkt seiner Handlung eine arme Waise hat.

Was Frauenliebe vermag, sehen wir in diesem interessanten Film.

Der Name der Hauptdarstellerin bürgt für einen hervorragenden Genuß!!

Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Dein Heulen ändert nicht die Sache, kauf lieber Pilo-und dann lache.

DOLF KREBS · PILOFABRIK · MANNHEIM

Pilo

Neu! Neu!

Max Beer

Allgemeine Geschichte des Sozialismus

Jedes Bändchen des kompletten vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Durch wirklich hervorragende Arbeit, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsschreibung in eine Reihe gestellt werden. Diese in schönen roten Pappband gebundene Ausgabe kostet 3 Mark.

Volksblatt-Buchhandlung
Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Eisleben

Tabak-Waren
hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarrenhandlung

Abonnements und Inserate
für die
„Mansfelder Volkszeitung"
nimmt entgegen
Volks-Buchhandlg.

W. Christange, Eisleben
Grabenstraße 50

Garantiert
reiner Kakao
ca. 23 % Fettgehalt
1 Pfund Mark 1,20
bei 10 Pfund Mark 1,10
Prompter Versand.
Pfeiffer & Haase,
Ludwig-Wuch.-Str. 76, Gr. Ulrichstr. 39
Paul Schnabel Nachf.,
Heinrich Mackenroth, Leipziger Str. 52.

Geschäftsveränderung!

Den Einwohnern sowie meiner werten Kundschaft zur gefl. Mitteilung, daß ich meine Roßschlächterei eingestellt habe und am **Freitag,** dem **11. April,** eine

Rind- u. Schweineschlächterei
(Hausschlächterei) eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft reell und mit guter Ware zu bedienen.

Ich empfehle:

Hausschlachtene Wurstwaren, sowie alle Sorten Fleisch.

Ia Rindfleisch zum Kochen u. Braten	à Pfd.	70 Pfg.
Ia Rindfleisch ohne Knochen	à Pfd.	80 Pfg.
Gehacktes	à Pfd.	70 Pfg.
Rouladen	à Pfd.	90 Pfg.
Schweinefleisch	à Pfd.	1 — Mk.
Ia hausschl. Rot-, Leber- u. Schwartenwurst	à Pfd.	1 20 Mk.

Willy Grosse
Gr. Steinstrasse 67, am Stadtbad.

Kauf und Verkauf
werden spielend geregelt durch eine Anzeige im
„Volksblatt"

Taten der Liebe

will uns der Film über die Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel zeigen.

Wir sehen das Heim von 2400 Fallsüchtigen, Blödsinnigen, Geisteskranken, die dort gepflegt werden.

1600 Krankenschwestern sind hier ausgebildet, die in Stadt und Land die Kranken pflegen.

In der Marktkirche:

1. Vorführung für Kinder: Freitag abend 8 Uhr.
2. Vorführung für Erwachsene: Sonnabend abend 8 Uhr.
3. Vorführung für Erwachsene: Sonntag abend 8 Uhr.

Eintritt:
Kinder 20 Pfg., Erwachsene 50 Pfg.
Jedermann ist herzlich eingeladen!

Unerreicht billige
Fell-Vorleger!
Kanin 3,50
chin. Angora 12,00
chin. Ziege 12,00
Sehen Sie sich unsere Fenster an!
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6 (Ecke Gr. Steinstr.)

Auf jeden Tisch ein Gericht Fisch!

Jede Hausfrau soll mindestens wöchentlich einmal dieses appetitmachende, nahrhafte und doch billige Nahrungsmittel auf den Tisch bringen.

Aus frisch eintreffenden Kühlwaggons:

Seelachs Nordsee, ohne Kopf	Pfd.	22
Cabliau ohne Kopf	Pfd.	25
Schellfisch klein	Pfd.	18 Pf.
Schellfisch ohne Kopf	Pfd.	45 Pf.
Goldbarsch ohne Kopf	Pfd.	35 Pf.
Carbonaden brattertig	Pfd.	40 Pf.
Austernfischkotelettes ohne Gräten, wie Kalbsfleisch	Pfd.	70 Pf.
Rotzunge	Pfd.	80 Pf.
Besonders billig!		
Norweger Heringe	Stck.	5 Pf.
	6 Stück	nur 25 Pf.

Grosse Auswahl in Räucherwaren!

Nordsee Nur Gr. Ulrichstraße 58.
Tel. 1274, 1275, 2705.

Ein Wort an die Frauenwelt!

Fort mit allen wertlosen Angeboten auf hygien. Gebiete.

Lassen Sie sich nicht irreführen durch vielversprechende hochklingende Anpreisungen. Nur meine behördlicherseits geprüften und genehmigten, kräftig wirkenden Spezialmittel helfen sicher. Auch in bedenklichen Fällen überraschende Wirkung sofort in wenigen Stunden. Keine Berufsstörung!

Vollkommen unschädlich.
Viele Dankschreiben. — Diskreter Versand per Nachnahme.

Frau Amanda Groot,
frühere Bezirkshebamme,
Hamburg K 1591
Wandsbecker Chaussee 87 6817

Zeitungs-Fremdwörter

Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser
Zusammengestellt von
Karl Werner

Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Kleine Anzeigen haben hier den größten Erfolg!

„Lachen links"

Das Witzblatt der Republik!

Preis 25 Pfennig — Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung, nur Gr. Ulrichstr. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404101-10/fragment/page=0010